

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 4/14. Jhg.

Mitteilungsblatt

Herbst 2008

---

Zu diesem Heft:

In diesem Heft dokumentieren wir zunächst einige auf der Konferenz "Die deutsche Novemberrevolution 1918/19 und ihre Wirkungen" am 6. September 2008 gehaltene Vorträge und Diskussionsbeiträge. Die Tagung konnte an unsere Konferenz zu Problemen der Oktoberrevolution im März 2007 anknüpfen und die Debatte über die internationale Dimension der revolutionären Prozesse nach dem Ersten Weltkrieg weiterführen, beispielsweise über deren Besonderheiten in den verschiedenen Ländern. Erörtert wurde der Einfluss der revolutionären Vorgänge, ihrer Erfahrungen und deren Reflexion auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen, sich weiter differenzierenden Richtungen.

Dieses Heft enthält ferner den Plan unserer Veranstaltungen im Jahre 2009. Im Mittelpunkt stehen Probleme der Entwicklung des Imperialismus und der Auseinandersetzung mit ihm in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die 1989/90 zum Untergang seines viele Jahrzehnte geschichtsmächtigen europäischen sozialistischen Antipoden führte. Untersetzt durch Blicke auf die imperialistische Entwicklung bis 1945 kann ihre Erörterung zu einer klareren Sicht auf das Agieren des deutschen und internationalen Imperialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts beitragen.

Flankiert wird dieser Problemkreis durch Veranstaltungen, die sich mit der programmatischen und politischen Entwicklung der SPD, ihrer Rolle im bürgerlichen Herrschaftssystem seit der Spaltung der sozialistischen Bewegung durch den Opportunismus beschäftigen. Weitere Veranstaltungen sind der

Geschichte der II. und der III. Internationale und der internationalen kommunistischen Bewegung nach 1945 gewidmet.

Schließlich bringt dieses Heft die Einladung zur Konferenz "60 Jahre NATO und BRD. Ergebnisse und Konsequenzen" am 14. März 2009 in Berlin sowie eine Vorankündigung des Kolloquiums "Die DDR - Ihr Platz in der Geschichte" am 13. Juni 2009 in Berlin. (Die vollständige Einladung zum Kolloquium wird im nächsten Heft abgedruckt.)

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Prof. Dr. sc. Heinz Karl	
Geschichte der KPD im Spiegel gegenwärtiger Geschichtsschreibung	S. 3
Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann	
Die österreichische Revolution und ihre Besonderheiten	S. 14
Werner Ruch	
Franz Mehring und die Novemberrevolution 1918 in Deutschland	S. 22
Dr. Günter Wehner	
Die Teilnahme des Hennigsdorfer Proletariats an der Novemberrevolution 1918	S. 25
Prof. Dr. Eckhard Trümpler	
Otto Grotewohl zum 30. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution von 1918/1919	S. 27
Dr. Kurt Laser	

Der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain – die Ruhestätte der Opfer zweier Revolutionen	S. 30
Vorankündigung des Kolloquiums "Die DDR – Ihr Platz in der Geschichte" am 13. Juni 2009 in Berlin	S. 34
Veranstaltungen des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE im Jahre 2009	S. 35
Einladung zur Konferenz "60 Jahre NATO und BRD. Ergebnisse und Konsequenzen" am 14. März 2009 in Berlin	S. 36

---

Impressum:	Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt – in der Regel über Internet bzw. E-Mail. Internet: <a href="http://www.die-linke.de/marxistischer_arbeitskreis">www.die-linke.de/marxistischer_arbeitskreis</a> E-Mail: <a href="mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de">marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de</a> Interessenten ohne Internet-Zugang sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion (siehe unten). Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber:	Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.
Redaktion:	Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-9355139

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Februar 2009.

Prof. Dr. sc. Heinz Karl

### **Geschichte der KPD im Spiegel gegenwärtiger Geschichtsschreibung**

Man könnte die Frage stellen, ob es denn wohl einen Sinn hat, sich heute – 90 Jahre nach den revolutionären Ereignissen von 1918/19 – noch mit der deutschen Novemberrevolution zu beschäftigen. Nach 90 Jahren, die erfüllt sind von tiefgreifenden Konflikten und Umwälzungen, Kriegen und Revolutionen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Katastrophen. Heute, da die Welt vor Problemen steht, mit denen verglichen die, die 1914 in den Ersten Weltkrieg mündeten – der von Zeitgenossen als "Urkatastrophe" empfunden wurde – als klein, übersichtlich und beherrschbar erscheinen.

Aber es hat einen Sinn. Denn die Wirkung der Novemberrevolution 1918/19 reicht bis in die Gegenwart. Sowohl durch das, was sie tatsächlich bewirkt hat, leider aber mehr noch durch das, was sie *nicht bewirkt* hat:

Die sozialökonomischen und politischen Herrschaftsstrukturen wurden *nicht* grundlegend *verändert*. Insbesondere der staatliche Machtapparat und die Kräftekonstellation in der Medienlandschaft (ich erinnere an Carl v. Ossietzkys Artikel "51 Prozent") waren zuverlässig gesicherte Reservate der bürgerlichen – ja zum Teil noch *vorbürgerlichen* – Reaktion.

Die nicht zufälligen, sondern aus diesen Realitäten erwachsenden Folgen waren die tatsächliche Beherrschung Deutschlands durch eine Kapital-Oligarchie, auf deren Grundlage eine Politik der Faszisierung des Staates bis zur faschistischen Diktatur, die langfristige – seit 1933 forcierte – Vorbereitung und dann Führung des imperialistischen Revanchekrieges 1939 – 1945.

Diese Entwicklung hat sich nach 1945 zunächst im Westen, seit 1990 in ganz Deutschland in ihren Grundzügen wiederholt. Stichworte: kapitalistische Restauration, Remilitarisierung, reaktionäre Staats"reformen", weitgehende Dominanz bürgerlicher Reaktion in Politik, Medien und "Zivilgesellschaft", kaschiert (bestenfalls partiell und zeitweilig gemildert) durch bürgerlich-liberale und sozialreformistische Beeinflussungen.

Das heißt: Heute – 90 Jahre danach – sind die grundlegenden Aufgaben der Novemberrevolution immer noch ungelöst, stehen nach wie vor auf der Tagesordnung! Welche Aufgaben waren das?

1. Durch die Entmachtung der an einer Expansionspolitik interessierten Kräfte – insbesondere des Rüstungskapitals und der Militärclique – das Betreiben einer Kriegspolitik, die Vorbereitung und Führung imperialistischer Kriege unmöglich zu machen.

2. Der bürgerlichen Reaktion die Durchsetzung ihrer Interessen unmöglich zu machen, indem ihr die dafür gebrauchten Instrumente und Möglichkeiten – der Machtapparat (besonders Militär, Polizei und Justiz), die finanziellen Ressourcen und die Medien – entzogen werden.

3. Eine Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik im Interesse der werktätigen Massen durchzusetzen und die dazu erforderlichen Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen zu vollziehen.

Wie die Erfahrungen der Novemberrevolution lehrten, bedurfte es zur Durchführung einer solchen Politik einer organisierten, zielklaren, mit den Massen verbundenen und von ihnen akzeptierten Kraft bzw. Kräftegruppierung. Es gab sie im sozialistisch-kommunistischen politischen und gewerkschaftlichen Spektrum. Ihre konsequenteste, organisierteste, aktionsfähigste, einflussreichste und – wie sich besonders von 1933 bis 1945 erwies – widerstandsfähigste Komponente war die KPD.

### **Der Platz der KPD in der deutschen Gesellschaft**

Die Politik der KPD wurzelte primär in den deutschen Klassenauseinandersetzungen. Ihr Inhalt wurde vor allem durch die Bedürfnisse und Aktivitäten werktätiger Massen in Deutschland bestimmt – sonst hätte sie diese Massen auch nicht ergriffen. Mit ihrem außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf auf ausnahmslos allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, der Millionen erfasste und bewegte, verfocht die KPD tagtäglich

Klasseninteressen, Volksinteressen, bewährte sie sich als Arbeiterpartei, als sozialistische Kraft, stand sie ganz in der Tradition der revolutionären Partei August Bebels und setzte deren Werk fort.

Von der KPD ging die konsequenteste Kritik an den egoistischen Machteliten und überlebten gesellschaftlichen Zuständen aus: an der Dominanz der Konzerne und Großbanken, dem prägenden Einflusse der "Wirtschaft" auf politische Entscheidungen und der zunehmenden Rolle von Expansionsinteressen, an der Fortexistenz und dem politischen Einfluss des junkerlichen Großgrundbesitzes, dieses Hortes des Konservatismus und der Reaktion, an der weitgehenden Kontinuität der obrigkeitfixierten Staatsbürokratie und des militärischen und Repressionsapparates vom Kaiserreich bis zur faschistischen Diktatur (und weiter bis in die Bundesrepublik), an der expansionistischen und hegemonialen Außenpolitik, an der privilegierten Stellung der beiden Großkirchen (und faktischen Staatskirchen) und der völlig unzulänglichen Trennung von Kirche und Staat.

Angelpunkt im praktischen Wirken der KPD war die Klassenauseinandersetzung mit dem Kapital. In diesem Ringen initiierte die KPD Streiks gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau, gegen Massenentlassungen und sozialpolitische Verschlechterungen. Sie organisierte Aktionen der Erwerbslosen gegen den Sozialabbau, Mieterstreiks und die Verhinderung von Exmittierungen wie auch der Zwangsversteigerung von Bauernhöfen.

Mit ihrer umfangreichen und intensiven Parlamentsarbeit flankierte die KPD den außerparlamentarischen Kampf und verteidigte die demokratischen Rechte und Freiheiten. In den Landtagen und Kommunalparlamenten kämpfte sie gegen den Zentralismus der Reichsregierungen, für die Realisierung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung. Im Reichstag brachte sie mehr Gesetzentwürfe, Anträge und Interpellationen ein als jede andere Partei.

Die KPD wirkte am nachhaltigsten der Beeinflussung und politischen Manipulation der breiten Volksschichten durch die besitzenden Machteliten entgegen, beleuchtete die Gegensätzlichkeit und Unvereinbarkeit ihrer Interessen, deckte die negativen Konsequenzen von Koalitionspolitik und sozialpartnerschaftlicher Orientierung auf, weckte den Geist des Widerstandes gegen die Herrschenden und ihre Politik.

Vor allem bewährte sich die KPD als entschiedenste Verfechterin einer antikapitalistischen, sozialistischen Alternative in Deutschland.

Die KPD erschloss der deutschen Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Kräften vielfältige neue Organisations- und Kampferfahrungen: Formen der politischen Arbeit im Betrieb (nach 1945 auch von der SPD in immer größerem Umfange aufgegriffen), des Kampfes für den Frieden, gegen Rüstungspolitik, der internationalen Solidarität, des Kampfes gegen Faschismus und Rechtsextremismus, des Zusammenwirkens von Werktätigen in Stadt und Land.

Die KPD hatte ein unverwechselbares politisches Profil als antikapitalistische, den Gedanken einer Zusammenarbeit mit dem Konzern- und Bankkapital entschieden ablehnenden Kraft, als Partei, die für eine Entmachtung der traditionellen deutschen Machteliten durch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, namentlich der Eigentumsverhältnisse, eintrat. Diese *nur von ihr* durchgängig, umfassend und mit Konsequenz

vertretenen Positionen bestimmten ihren spezifischen und unverzichtbaren Platz in der deutschen Parteienlandschaft, im politischen Spektrum der Arbeiterbewegung.

Die skizzierten Richtungen ihres Wirkens und die damit umrissene objektive Stellung bieten die Kriterien, den Maßstab für die Analyse und Wertung ihrer Tätigkeit, ihres Kampfes wie auch für die Einschätzung der politisch-moralischen und theoretischen Bedeutung ihres Erbes.

### **Die KPD im bürgerlichen Geschichtsbild**

Wie erfasst die gegenwärtige Geschichtsschreibung (einschließlich "linker", "marxistischer" Varianten des bürgerlichen Mainstream) diesen historischen Tatbestand?

Selbstverständlich geht die im akademischen Betrieb und mehr noch in den Medien und den speziellen Propagandainstitutionen des Regimes wie "Gedenkstätten", "Forschungsverbänden", parteinahen Stiftungen usw. dominierende Geschichtsschreibung und Geschichtspublizistik von der Legitimität des kapitalistischen Gesellschaftssystems und des ihm entsprechenden politischen Regimes aus – und damit zugleich von der *Illegitimität* aller Auffassungen (Doktrinen) oder gar Bestrebungen und Organisationen, die diese bürgerliche Legitimität in Frage stellen. Dieser Standpunkt ist zwar verfassungswidrig – denn das Grundgesetz ist auf Grund seiner konkreten historischen Entstehungsbedingungen 1948/49 betr. das Gesellschaftssystem *neutral, indifferent* –, aber mit politischer Absicht und vermittels der "veröffentlichten Meinung" praktisch dominierend.

Das bestimmt auch den Umgang mit der Geschichte der KPD. Man betrachtet sie – im offiziellen Mainstream – nicht als legitimen historischen Akteur, sondern als illegitimen politischen Delinquenten, der der Behandlung im Prokrustesbett des bürgerlichen Wertesystems zu unterwerfen ist.

Um die Geschichte der KPD in das bürgerliche Geschichtsbild einzuordnen, werden zunächst – unabhängig vom konkreten Gegenstand und seiner Bewertung – einige methodische Schritte allgemeiner Art gegangen.

Zum *ersten* werden die welt- und nationalgeschichtlichen Grundfragen des 20. Jahrhunderts negiert oder zumindest vernebelt. Das Problem der revolutionären Ablösung des Kapitalismus und der Herausbildung einer sozialistischen Gesellschaftsformation wird (in der Regel), mittels Industriegesellschaftstheorie und Totalitarismuskonzeption "bewältigt". Da Kapitalismus ("Industriegesellschaft") und bürgerliches politisches System ("freiheitliche Demokratie") sakrosankt sind, kann Kräften in der Arbeiterbewegung links von einer *systemintegrierenden* reformistischen Sozialdemokratie keine Daseinsberechtigung zugestanden werden; sie sind subversive Fremdkörper. Die Grundprobleme der deutschen Geschichte im vorigen Jahrhundert – ich habe sie oben knapp umrissen – sind weder als Aufgaben, die der Lösung harren, anzuerkennen, noch ist der Umgang mit ihnen als Kriterium zu akzeptieren.

*Zweitens* hat sich die Forschung auf Ideologiegeschichte und das Entdecken (bzw. Konstruieren) von Strukturen zu orientieren, wobei auf die Totalitarismuskonzeption – der sich hier ein besonders weites und fruchtbares Feld eröffnet – gegründete Vergleiche besonders gefragt sind. ("Nationalsozialismus" und "Sowjetkommunismus",

faschistischer und "stalinistischer" Parteitypus usw. usf.) – Demgegenüber wird die wirkliche Arbeiterbewegung (Aktionen, ihre konkreten Tätigkeitsgebiete usw.) als simple "Ereignisgeschichte" abgewertet.

*Drittens* – und dies ist *der entscheidende methodologische Aspekt* – befließigt man sich einer von den konkreten Gegebenheiten und Wirkungsbedingungen weitgehend, vom Handeln anderer Akteure (Regierungspolitik, SPD, Gewerkschaftsführung) mehr oder weniger ganz losgelösten, isolierten Betrachtung der KPD, ihrer Sichten, ihrer Entscheidungsfindung und ihres politischen Agierens. Die fundamentale Tatsache, dass das Handeln der KPD *immer* Interaktion mit anderen Faktoren, dass es *in der Regel* Reaktion auf das Agieren mächtigerer gesellschaftlicher Kräfte ist, wird ausgeblendet.

Zum *vierten* ist zu bemerken, dass eigentlich kein Kritiker der Politik der KPD sagt, was sie seines Erachtens denn hätte *alternativ* tun sollen, außer ... die offizielle Politik der Regierungen und Regierungsparteien zu billigen bzw. sich der Politik der systemkonformen SPD anzuschließen. Beides aber war – wie die Geschichte *bewiesen* hat – falsch und verhängnisvoll. Hätte es die KPD ihren "Kritikern" recht getan, dann hätte sie sich überflüssig gemacht und politischen Selbstmord begangen.

### **Prokrustesbett "Stalinisierung"**

Einen Brennpunkt in der bürgerlichen Sicht auf die Geschichte der KPD bildet nach wie vor die vor allem von Hermann Weber kolportierte krude "Stalinisierungs"-Schablone.<sup>1</sup> Wie Weber neuerdings bekräftigte, sieht er vier Entstehungsbedingungen, Ursachen, Voraussetzungen der "Stalinisierung": Erstens die "Apparatherrschaft" als Phänomen der "Industriegesellschaft" einschließlich der Arbeiterbewegung. Zweitens die Entwicklung der Partei als feste und disziplinierte Organisation. Drittens die "Abhängigkeit der KPD von Moskau". Viertens die angebliche "Diskrepanz zwischen den revolutionären Zielsetzungen der Partei und einer nichtrevolutionären Situation". Das Wirken dieser Faktoren habe zu einer "Wandlung" des Charakters der Partei geführt.

Diese "Stalinisierungs"-Schablone läuft vor allem darauf hinaus, allgemeine Entwicklungsbedingungen der Arbeiterbewegung als negative Besonderheit der KPD zu interpretieren sowie die objektiv notwendige Hebung der Bewusstheit und Organisiertheit negativ zu werten – dabei völlig zu ignorieren, dass dieser Prozess offenkundig sowohl mit einer Steigerung der Aktivität der Mitgliedschaft, einer Weiterentwicklung der Massenarbeit und Bündnispolitik, als auch mit einer spürbaren Erhöhung des Masseneinflusses verbunden war. Die eklektizistische *Entgegensetzung* von revolutionärer Zielsetzung und "nichtrevolutionärer Situation" negiert die elementaren Grundlagen des *marxistischen Parteiverständnisses* seit Marx und Engels, wiederholt im Grunde die falsche These August Thalheimers von Ende 1921, dass in einer nichtrevolutionären Situation wohl eine reformistische Sozialdemokratie ihre Existenzberechtigung habe, nicht aber eine (ihrem *Wesen* nach!) revolutionäre Partei.

Im Unterschied zu seiner ursprünglichen Position betont Weber neuerdings "die Abhängigkeit der KPD von Moskau als Hauptbedingung", "als ausschlaggebendes Kriterium der Stalinisierung des deutschen Kommunismus".<sup>2</sup>

## Karriere einer Episode

Im Zusammenhang mit dieser Schwerpunktverlagerung wird die sogenannte Wittorf-Affäre 1928 "als zentraler Einschnitt der KPD-Geschichte (und insofern auch ihrer Periodisierung) gewertet"<sup>3</sup>. 2003 erschienen zu dieser Thematik gleich zwei umfangreiche Publikationen.<sup>4</sup> Dazu noch einige Ausführungen, da diese Beispiele auch *die Methode* deutlich machen, mit der gearbeitet wird.

Worum ging es? 1927/28 vollzogen sich international und in Deutschland wirtschaftliche und politische Veränderungen, welche auch die Kampfbedingungen der kommunistischen Bewegung wesentlich veränderten und neue Fragen für die weitere Gestaltung ihrer Politik aufwarfen. Die Wirtschaftskonjunktur flaute ab, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfte sich. Ende 1927 forderten die deutschen Unternehmerverbände ultimativ Lohn- und Sozialabbau und eine Einschränkung der Rechte der Parlamente und Kommunen zwecks Durchsetzung einer rigorosen Finanzpolitik im Interesse des Großkapitals. Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen nahmen die Wirtschaftskämpfe an Umfang und Härte zu. Zugleich brachten die Reichstags- und Landtagswahlen im Mai 1928 eine schwere Niederlage der Rechtsparteien und starke Gewinne von SPD und KPD.

Im Ergebnis kam eine Große Koalition der SPD mit bürgerlichen Mittel- und gemäßigten Rechtsparteien unter dem SPD-Vorsitzenden Hermann Müller zustande. Diese Regierung setzte die bisherige Politik in allen wesentlichen Fragen fort und forcierte die Aufrüstung durch den Übergang zum Panzerkreuzerbau. Zur Absicherung dieser Politik steigerte die SPD noch ihren 1926 eingeleiteten verschärften antikommunistischen Kurs und ging zur Spaltung von Massenorganisationen der Arbeiterbewegung (Arbeitersport und Freidenker) über. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer verhielten sich - um die Koalitionspolitik der SPD nicht zu stören - gegenüber den Attacken des Unternehmertums mehr oder weniger passiv und betrieben in den Gewerkschaften offen und ungeniert rechtssozialdemokratische Parteipolitik.

Diese einschneidenden Veränderungen der Klassenkampfsituation wurden in der KPD unterschiedlich reflektiert. Die Mehrheit des ZK der KPD war der Auffassung, dass die relative Stabilisierung des Kapitalismus "fault", labiler wird. Demgegenüber vertrat die ZK-Minderheit um Arthur Ewert die Meinung, die kapitalistische Stabilisierung sei noch ziemlich fest und stark, es gebe keine nennenswerte Verschärfung ihrer Widersprüche und der Klassenkämpfe und keine Veränderungen in der Sozialdemokratie.<sup>5</sup> Die ZK-Mehrheit betonte die zunehmenden antiparlamentarischen Tendenzen und die Rechtsentwicklung der bürgerlichen Parteien, die sie aus den wirtschaftlichen Veränderungen und der Verschärfung der Klassenkämpfe ableitete. Die ZK-Minderheit unterbewertete diese Entwicklungstendenz und ging von einer stabilen Orientierung der Großbourgeoisie auf die parlamentarische Demokratie und die Große Koalition aus. Die Randgruppe um Heinrich Brandler und August Thalheimer erachtete die vor sich gehenden Veränderungen als irrelevant und verneinte die Notwendigkeit taktischer Konsequenzen. Die Mehrheit des ZK orientierte darauf, sich auf härtere Kämpfe und eine Verschärfung des Antikommunismus einzustellen, in den Betrieben und Gewerkschaften entschiedener aufzutreten und die Aktivität und Geschlossenheit der Partei zu erhöhen. Die Gruppe Brandler/Thalheimer lehnte eine solche Orientierung ab und organisierte sich seit dem Frühjahr 1928 als Fraktion mit dem Ziel, wieder führende Positionen in der Partei



zu erlangen. Die ZK-Minderheit verhielt sich gegenüber der Brandler/Thalheimer-Fraktion versöhnlicherisch – teils, weil sie die Bedeutung der Festigung der Partei und die fraktionellen Aktivitäten unterschätzte, teils aus Gruppeninteresse.

Auf dem VI. Weltkongress der Komintern (Juli/August 1928) wurde die vor sich gehende Verschärfung der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung (die 1929/30 in die Weltwirtschaftskrise mündete) und der Klassenkämpfe hervorgehoben und auf eine verstärkte Aktivität der kommunistischen Parteien orientiert. Dem entgegenstehende Auffassungen, die auf dem Kongress und in den Beratungen der KPD-Delegierten Arthur Ewert und andere Vertreter der Minderheit im ZK der KPD sowie der Brandler/Thalheimer-Fraktion artikulierten, wurden in den Debatten kritisiert. So warnte Palmiro Togliatti (Ercoli) vor der rechten Gefahr, deren "gefährlichste Tendenz" die "ideologischen und politischen Konzessionen an die Sozialdemokratie" seien. "Ein solches Gesicht hat die rechte Gefahr in der KPD, eine Gefahr, die von unserer deutschen Bruderpartei mit dem größten Nachdruck bekämpft werden muß. ... Was Deutschland anbetrifft, so schließen wir uns der Erklärung an, daß die rechte Gefahr für die deutsche Partei gegenwärtig die größte ist und die Zentralleitung der KPD alle ihre Kräfte auf den Kampf gegen die rechten Abweichungen und die Ueberreste der sozialdemokratischen Ideologie in der Partei zu richten hat."<sup>6</sup>

### **Die Wittorf-Affäre - eine Inszenierung**

Diese Warnungen wurden nicht beachtet, sondern die ZK-Minderheit verstärkte ihre Bemühungen, durch Veränderungen in der Parteiführung ihre unrealistischen Auffassungen durchzusetzen. Dazu instrumentalisierten sie einen Korruptionsfall in der KPD-Bezirksleitung Wasserkante. Dort hatte der Bezirkssekretär Wittorf Parteigelder unterschlagen. Dessen wurde er am Tage der Reichstagswahl von Mitgliedern der Bezirksleitung in Gegenwart Ernst Thälmanns überführt. Thälmann und die BL-Mitglieder gingen davon aus, dass Wittorf aus der Partei auszuschließen sei.<sup>7</sup> Nun war Wittorf aber soeben in den Reichstag gewählt worden, und die unterschlagene Summe stammte aus einer sowjetischen Quelle. Der Tatbestand konnte also zu antikommunistischer Hetze und zur Herabsetzung des großen Wahlerfolgs der KPD ausgenutzt werden. Deshalb hielten sie es für politisch zweckmäßig, den Ausschluss nicht sofort, sondern zu einem geeigneteren Zeitpunkt zu vollziehen. Thälmann informierte jedoch seinen Stellvertreter Philipp Dengel und den Stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Beschwerdekommision (des Kontrollorgans der KPD) Leo Flieg von dem Vorfall, später auch das ZK-Mitglied Wilhelm Florin.

Die ZK-Minderheit um Ewert, Hugo Eberlein und Gerhart (Eisler) nutzte diesen *völlig durchschnittlichen* Korruptionsfall zu einem Vorstoß gegen den Parteivorsitzenden, indem sie aus dem Fall Wittorf einen Fall Thälmann machte. Sie erreichte die überstürzte Durchführung einer ZK-Tagung am 26. und 27. September 1928, an der eine Reihe wichtiger Mitglieder der Parteiführung (u. a. Fritz Heckert, Hermann Remmele, Ernst Meyer, Walter Ulbricht, Leo Flieg) nicht teilnehmen konnte. Dort erzeugte sie – u. a. durch demagogisches Geschrei über Korruption – eine ausgesprochen hysterische Atmosphäre. Völlig zutreffend sprachen August Thalheimer, Paul Frölich und andere, die wohl gewiss keiner Sympathien für Thälmann verdächtig waren, in einer Erklärung

unverblümt von der "Inszenierung des Falles Thälmann"<sup>8</sup>. In dem von Hugo Eberlein erstatteten Bericht über die Untersuchung des Falles Wittorf<sup>9</sup> wurde zwar unmissverständlich klargestellt, dass Thälmann nichts mit der Unterschlagung Wittorfs zu tun hatte, auch einer Vertuschung wurde er nicht bezichtigt, aber alles wurde auf den *demagogischen* Vorwurf zugespitzt, dass er nicht das *gesamte* Polbüro des ZK informiert habe. Dieser Vorwurf war demagogisch, weil er allen Gepflogenheiten bei der Behandlung solcher Fälle widersprach, woran Leo Flieg (der am 26. 9. nicht anwesend war) Eberlein unter Bezugnahme auf ihre *gemeinsame* Kontrolltätigkeit nachdrücklichst erinnerte.<sup>10</sup> Das ZK fasste folgenden Beschluss: "Das Zentralkomitee missbilligt aufs schärfste die Geheimhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen der Partei durch den Genossen Thälmann als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler. Auf seinen eigenen Antrag wird diese Angelegenheit der Exekutive überwiesen, bis zu ihrer Erledigung ruhen die Funktionen des Genossen Thälmann."<sup>11</sup> Den letzten Satz hatte Thälmann – der mit dem Polbüro auch Antragsteller für den Beschluss insgesamt war – bei der vorhergehenden Beratung im Polbüro selbst vorgeschlagen.<sup>12</sup> Dieser Beschluss wurde einstimmig angenommen; nicht zuletzt, weil Thälmann ihn ja selbst mit beantragt hatte. Er erhielt eine schwerwiegende Falschaussage: Von einer "Geheimhaltung ... gegenüber den leitenden Instanzen der Partei" konnte gar keine Rede sein, da Thälmann Dengel und Flieg informiert hatte und die Einbeziehung eines größeren Kreises (etwa des Polbüros) nicht nur nicht obligatorisch, sondern völlig unüblich war.

In beiden erwähnten Publikationen werden diese Vorgänge tendenziös und manipulierend dargestellt. So wird die politische Zwecklüge von der "Absetzung" Thälmanns kolportiert,<sup>13</sup> obwohl davon gar keine Rede war. Aus gutem Grunde hatten die "Inszenierer" einen derartigen Antrag nicht gestellt, da er voraussichtlich keine Mehrheit gefunden, aber offenbart hätte, dass es ihnen nicht um "Korruption", sondern um die Veränderung der Parteiführung ging. Ihr Manöver wäre schon im Ansatz gescheitert. Ebenso verhält es sich mit den Behauptungen, Thälmann habe den Fall Wittorf "der Partei" bzw. "der Parteiführung verheimlicht",<sup>14</sup> wovon ebenfalls nicht die Rede sein konnte. Deshalb unterschlagen beide Publikationen auch das zentrale Dokument zur Sache – den Bericht Eberleins. Statt solcher authentischer Dokumente werden dubiose "Quellen" abgedruckt<sup>15</sup>, von denen die Herausgeber nicht einmal Autor und Adressaten sowie den Zusammenhang ihrer Entstehung anzugeben vermögen. Wesentliche Aussagen zur Sache (von Leo Flieg, Artur Golke, Wilhelm Florin, Philipp Dengel) werden dem Leser vorenthalten, die Ausführungen über die fraktionellen Hintergründe (sehr prononciert etwa in der Diskussionsrede Heinz Neumanns vom 26. 9.) bleiben unerwähnt. Verschwiegen wird auch die Stellungnahme Ernst Meyers *gegen* die fraktionelle Inszenierung.<sup>16</sup>

Geradezu lächerlich, aber für den Umgang mit Tatsachen und Quellen durchaus typisch ist die Behauptung, die SED bzw. DDR hätten die Wittorf-Affäre "einfach wegretuschiert" und "systematisch verschwiegen"<sup>17</sup>. Sie zeugt von einer nachgerade erstaunlichen Ignoranz. Tatsächlich war die Wittorf-Affäre eine der bekanntesten parteigeschichtlichen Episoden, vermutlich die bekannteste. Von ihr war beispielsweise – aber keineswegs zum ersten Mal – die Rede im "Lehrbuch für die Politischen Grundschulen" (1. Auflage: 733 000)<sup>18</sup>, in parteioffiziellen Standardwerken wie der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung"<sup>19</sup> oder der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik"<sup>20</sup>, in der vielbändigen Dokumentenedition "Dokumente und Materialien zur

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung"<sup>21</sup>, in Erinnerungen (beispielsweise von Fritz Selbmann), in Erinnerungsbänden über Ernst Thälmann und in einer Vielzahl anderer Veröffentlichungen.

Die "Inszenierung des Falles Thälmann"<sup>8</sup> war unmittelbar vor allem darauf angelegt, die Mitglieder des ZK zu überrumpeln, sie mit Halbwahrheiten, hysterischem Geschrei über Korruption und Scheinargumenten wie dem Verweis auf antikommunistische Presseveröffentlichungen zu manipulieren, ihnen einen dringenden Zugzwang zu suggerieren. Das Überrumpelungsmanöver erreichte sein Ziel mit der Entscheidung, *sofort* ein Kommuniqué mit dem dubiosen Beschluss (diesen tendenziös kommentierend) im KPD-Zentralorgan "Die Rote Fahne" zu veröffentlichen. Dieses Vorgehen war wohlüberlegt. Die Veröffentlichung war darauf berechnet, das EKKI in eine Zwangslage zu bringen, ihm eine zustimmende Stellungnahme abzunötigen. Diese wäre dann als Disziplinierungsmittel gegen eine widerstrebende KPD-Basis zu gebrauchen gewesen.

### **Die Inszenierung fällt durch**

Doch diese Rechnung ging nicht auf. Bereits in der ZK-Sitzung am 26. September stimmte Heinz Neumann gegen die Veröffentlichung; Jean Winterich enthielt sich der Stimme (ebenso Erich Hausen und Albert Bassümer von der Brandler/Thalheimer-Fraktion, weil ihnen das Kommuniqué nicht weit genug ging).<sup>22</sup> In den folgenden Tagen protestierten Mitglieder des Polbüros und weitere ZK-Mitglieder, die am 26. 9. nicht anwesend waren, scharf gegen die Beschlüsse: am 27. 9. Hermann Remmele<sup>23</sup>, am 28. 9. Leo Flieg<sup>24</sup>, am 30. 9. Fritz Heckert und Walter Ulbricht<sup>25</sup>, ferner Artur Golke<sup>26</sup>. Das politische Gewicht der Protestierenden, der prinzipielle Inhalt und der äußerst scharfe Ton der Proteste machten deutlich, dass das fraktionelle Manöver nicht nur gescheitert war, sondern darüber hinaus eine grundsätzliche Auseinandersetzung heraufbeschworen hatte. Bis zum 5. Oktober zog die Mehrheit der ZK-Mitglieder ihre Zustimmung zu den Beschlüssen vom 26. September zurück.<sup>27</sup>

In beiden angeführten Publikationen bemüht man sich, die realen Kräfteverhältnisse in der Partei zu vernebeln und insbesondere die Reaktion der Parteibasis zu verfälschen. Ausgesprochen simpel wirkt das demagogische Hantieren mit Begriffen wie Thälmann-"Flügel", Thälmann-"Fraktion" usw.<sup>28</sup>, wenn man weiß, dass diese "Flügel-Fraktion" *mindestens 80 Prozent* der Parteimitgliedschaft hinter sich hatte, während die Richtung um Arthur Ewert in der Mitgliedschaft eine *sehr* bescheidene Minderheit und die Brandler/Thalheimer-Fraktion eine zu vernachlässigende Größe darstellten. Geradezu ein Kabinettsstück an vorsätzlicher Täuschung des Lesers ist es, wenn man ihm vorgaukeln möchte, dass die Anti-Thälmann-Fronde "durchaus in Übereinstimmung mit Meinungen an der Basis, gerade auch in Hamburg, gehandelt"<sup>29</sup> habe, und als Beleg dafür ausgerechnet zwei Straßenzellen (von etwa 200 Parteizellen) anführt, die seit Anfang der 20er Jahre eine Domäne der Brandler-Richtung, deshalb in der Hamburger Parteiorganisation völlig isoliert und ohne jede politische Ausstrahlung waren. In der Tat beweist dieses Beispiel gerade das völlige Fiasko des fraktionellen Manövers an der KPD-Basis. Nicht anders ist es zu werten, wenn Weber A. Ewert zum "zweiten Mann" im Polbüro<sup>30</sup> ernannt (er war der *dritte*, der zweite, Thälmanns Stellvertreter, war Ph. Dengel) oder aus der einmaligen, herbeimanipulierten Abstimmungsepisode am 26. 9. 1928 eine *Mehrheit* der "Widersacher" Thälmanns im Zentralkomitee gemacht wird.<sup>31</sup>

## Der Stalin-Schwindel

Alle diese absichtsvollen Entstellungen, Manipulationen und direkten Lügen sollen im Ergebnis die zentrale These von der "Rettung Thälmanns durch Stalin"<sup>32</sup> stützen; Stalin habe Thälmann – "durch einen einstimmigen Beschluß des Zentralkomitees als Vorsitzender der KPD abgesetzt"<sup>33</sup> (eine glatte Lüge, wie schon gesagt) – "als Parteivorsitzenden wieder eingesetzt"<sup>34</sup>. Weber und Bayerlein, die dem Leser dies auftischen, haben in ihrem Eifer offenbar ganz übersehen, dass ihre eigene Dokumentation sie widerlegt.

Am 28. September, als Stalin die ersten *Informationen* zugingen<sup>35</sup>, hatten Neumann, Remmele und Flieg durch ihr Auftreten in Berlin den Plan der "Inszenierung" bereits durchkreuzt, am 30. September nachdrücklich unterstützt durch Heckert und Ulbricht in Moskau. Als am 1. Oktober das erste Echo Stalins aus dem fernen Kaukasus Moskau erreichte<sup>36</sup>, als am gleichen Tage das EKKI-Präsidium "in fliegender Abstimmung", das heißt ohne Zusammenkunft, nur durch Umfragen, eine "Kommission zur Prüfung der deutschen Frage" *bildete*<sup>37</sup>, waren in der Führung der KPD die Würfel längst gefallen.

Der Überraschungscoup der "Inszenierer" – angesichts des Kräfteverhältnisses in der Partei von Anfang an ein reines Vabanquespiel – war gründlich misslungen. Das widerspiegeln auch ein Beschluss des Polbüros des ZK vom 2. Oktober 1928<sup>38</sup> sowie die bereits erwähnte Tatsache, dass bis zum 5. Oktober sich die meisten ZK-Mitglieder von den Beschlüssen des 26. September distanzieren. Der Beschluss des Präsidiums des EKKI vom 6. Oktober 1928 zur Wittorf-Affäre (der Thälmann das volle politische Vertrauen aussprach und ihn ausdrücklich verpflichtete, alle ihm vom 11. Parteitag und vom VI. Weltkongress übertragenen Funktionen zu erfüllen) sowie die folgenden Stellungnahmen des EKKI (Deutsche Kommission und Tagung des EKKI-Präsidiums am 19. Dezember 1928) sanktionierten nur die in der Führung der KPD bereits gefallenen Entscheidungen.

## Keine Alternative

Der Vorstoß der ZK-Minderheit um Arthur Ewert und der ihn ausnutzende Angriff der Brandler/Thalheimer-Fraktion scheiterten – abgesehen von den dabei angewandten, die Akteure kompromittierenden und sie isolierenden Methoden – vor allem deswegen, weil beide Richtungen *keine reale Alternative* zum Kurs der ZK-Mehrheit um Thälmann zu bieten vermochten. Das fand bei den Genossen um Ewert seinen Ausdruck in der schrittweisen Revidierung ihrer Positionen, weil diese durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung immer offenkundiger widerlegt wurden.

Noch markanter zeigte das die Brandler/Thalheimer-Fraktion, die sich Ende 1928 unter dem Namen "Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)" [KPD(O)] als Gegenpartei konstituierte. Hatte diese Richtung 1927/28 der sich herausbildenden antiimperialistischen, antimonopolistischen Orientierung der KPD ein doktrinäres "Aktionsprogramm" mit der abstrakten, nicht situationsgerechten Forderung nach "Produktionskontrolle" als Kernstück entgegengestellt<sup>39</sup>, so schätzte sie angesichts der heraufziehenden Gefahr des Faschismus diesen als

"die Verselbständigung der Exekutivgewalt, die Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive"<sup>40</sup> ein. Schon der Faschisierungsprozess seit 1929/30 hat diesen theoretischen Ansatz widerlegt; die Herrschaftsstrukturen und -mechanismen des faschistischen Deutschland haben ihn völlig ad absurdum geführt. Diese falsche Sicht auf den Faschismus wurde nach 1933 ergänzt durch die Orientierung, die faschistische Diktatur durch die proletarische Revolution zu stürzen, die Bekämpfung der Volksfrontpolitik als opportunistische Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die der Bourgeoisie, und 1945 durch die Auffassung von der *Aktualität* der sozialistischen Revolution und der proletarischen Diktatur in Deutschland und die vehemente Ablehnung einer antifaschistisch-demokratischen Orientierung.<sup>41</sup> Ernst Meyer kennzeichnete die Brandler/Thalheimer-Richtung Ende Oktober 1928 treffend als "eine überaltete (sic!) sektiererische Gruppe"<sup>42</sup>.

So war es nicht verwunderlich, dass die KPD(O), die anfangs etwa zwei bis drei Prozent der KPD-Mitglieder erfasste, trotz günstiger Bedingungen (z. B. nicht wenige Positionen in *hauptamtlichen Organisationsapparaten* sowie eine wohlwollende sozialdemokratische und linksbürgerliche Presse) einer fortschreitenden Erosion (auch durch Übertritte zur SPD) unterlag und sich nach drei Jahren spaltete. Charakteristisch waren die KPD(O)-Ergebnisse bei Landtagswahlen 1929, als sie gegen die KPD antrat. In Thüringen, ihrer Hochburg, wo die gesamte bisherige KPD-Fraktion mit einer einzigen Ausnahme für die KPD(O) antrat, für die KPD hingegen neue, weitgehend unbekannte Kandidaten, erhielt die KPD(O) dennoch nur ein Siebtel der Stimmen, die für die KPD abgegeben wurden. In Sachsen war es nur ein Sechzehntel der KPD-Stimmen. Die KPD(O), die sich mit einer erstaunlichen Selbsttäuschung über ihr Gewicht und ihren Einfluss von der KPD abgespalten hatte, wurde von den Massen nicht angenommen. Sie erwies sich von Jahr zu Jahr mehr als eine politisch und theoretisch impotente, sich immer weiter isolierende und zerfallende Sekte. Ihre Glorifizierung<sup>43</sup> entbehrt jeder Grundlage.

Ein weiteres Paradebeispiel, mit dem Weber und andere immer wieder die KPD als "Werkzeug Moskaus" vorzuführen suchen, ist der

### **Preußen-Volksentscheid** (August 1931).

In der Regel wird dessen sich über ein halbes Jahr erstreckende scharfe Bekämpfung durch die KPD bis kurz vor dem Volksentscheid unterschlagen. Ebenso die Tatsache, dass im Polbüro des ZK nur Hermann Remmele und Heinz Neumann für eine Beteiligung eintraten und dabei *immer völlig isoliert* waren. In einem 2007 erschienenen Buch von Bert Hoppe, "In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928 - 1933" wird die ablehnende Haltung der KPD-Basis deutlich, aber die Isolierung von Remmele und Neumann und die entschiedene und scharfe, fast einhellige Kontra-Position der überwiegenden Mehrheit der Parteispitze bleiben unterbelichtet. Der Vorgang mit dem von Remmele und Neumann nach Moskau gesandten *angeblichen* Brief des Sekretariats des ZK, der zu einer Reaktion des EKKI führte, die die KPD zwang, entgegen ihrem bisherigen Kurs die Teilnahme am Volksentscheid zu beschließen, wird richtig dargelegt.

Leider wird die außerordentlich gewichtige Aussage Remmeles über die Haltung Thälmanns danach und deren Resonanz in der Partei, die von ihr ausgehende Signalwirkung, vom Autor übersehen (obwohl er den

unmittelbar vorhergehenden Text wörtlich zitiert): "Genosse Th. beteiligte sich auch nicht an der Aktion, er ging auf Wochen nach Hamburg und hielt auch keine Versammlungen ab zum Volksentscheid, so dass auf meiner Versammlungstour Bezirkssekretäre mich befragten, ob es wahr sei, dass Th. gegen die Beteiligung waere ..."<sup>44</sup> Auch im Bezirk Berlin-Brandenburg wurde von Auseinandersetzungen zwischen Thälmann und Neumann gesprochen, weil Thälmann gegen den Preußen-Volksentscheid gewesen sei.<sup>45</sup>

Interessant ist, dass Hoppe entgegen bisherigen Vermutungen, dass Stalin und Molotow letztlich die falsche Entscheidung getroffen hätten, vielleicht der "Sekretariatsbrief" sogar aus Moskau bestellt gewesen wäre, auf Grund seiner - bisher umfassendsten - Kenntnis der einschlägigen Quellen die Meinung vertritt, EKKI und sowjetische Führung hätten die KPD nicht angetrieben, sondern seien selbst von Neumann überrumpelt und getäuscht worden.<sup>46</sup> Sie hätten keinen Angriff auf die SPD gewünscht, sondern vielmehr die Nazi-Gefahr im Auge gehabt.<sup>47</sup>

### **Ideologische Sprechblasen contra geschichtliche Tatsachen**

Auffällig ist das Bestreben, die Veränderung und Weiterentwicklung der Politik der KPD nach dem Offenen Brief des EKKI vom August 1925 und den von der ZK-Tagung am 28. August 1925 vorgenommenen Veränderungen in der Führungsspitze herunterzuspielen, ja völlig zu verzerren. Hermann Weber behauptet wiederholt, "von 1924 bis 1929 waren die Aktivitäten der KPD vor allem auf die inneren Strukturen gerichtet, ihre Stalinisierung"<sup>48</sup>. Ereignisse wie die Fürstenenteignungskampagne 1926, wachsender Einfluss in den Gewerkschaften, bedeutende Wahlerfolge wie im Mai 1928, Fortschritte in der Bündnispolitik, die Entwicklung eines strategischen Konzepts mit antiimperialistischer, antimonopolistischer Stoßrichtung durch den 11. Parteitag 1927 - alles das interessiert ihn nicht. Im Gegenteil! Die offenkundig erfolgsträchtige Wende 1925/26 "demoralisierte die Partei weiter", brachte - so Weber - eine "weitere Isolierung und Marginalisierung der KPD"<sup>49</sup>.

Andere Autoren sehen in den angedeuteten politischen Fortschritten auch nicht "den Weg einer auf Teilziele orientierten Realpolitik ..., die mit Blick auf den Sozialismus erreichbare Ziele für die arbeitenden Menschen in das Zentrum ihrer Bemühungen stellte", sondern die "Orientierung auf einen abstrakten Revolutionarismus, ... der unter Verleugnung realer Kräfteverhältnisse das 'Endziel', die proletarische Revolution, propagierte". In eklatantem Gegensatz zur realen Bewegung der Jahre 1926/27 finden sie: "... Politik im Interesse der werktätigen Massen in der bestehenden Gesellschaft links von der Sozialdemokratie zu betreiben, in Konkurrenz zu und Kooperation mit ihr, war mit dem zeitgenössischen kommunistischen Selbstverständnis unvereinbar."<sup>50</sup>

### **"Demokratischer Kommunismus" contra "Stalinisierung"?**

Die von Hermann Weber und anderen Vertretern des bürgerlichen Mainstream oder sich ihnen anpassenden Autoren vertretenen Positionen sind dominierend, stoßen aber auch auf Widerspruch. Klaus-Michael Mallmann, gestützt von seinem Mentor Wilfried Loth, griff in seinem Buch "Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung" (Darmstadt 1996) Webers "Stalinisierungs"-Schablone frontal an.

Auf Webers empörenden Protest erwiderte er, dass "das 'Stalinisierungs'-Theorem forschungsstrategisch katastrophal wirkte und vieles verschüttete, indem es Fragen unterband und Denkverbote sanktionierte ..."<sup>51</sup>

Mallmann lehnt das "Stalinisierungs"-Modell ab, weil es die kommunistische Bewegung als soziale Massenbewegung negiere.<sup>52</sup> Es unterschläge die *innere* Dynamik der Bewegung.<sup>53</sup> Die Entwicklung der deutschen kommunistischen Bewegung sei primär eine "endogene Entwicklung"<sup>54</sup>, ergebe sich aus den in Deutschland wirkenden Triebkräften und deren Problemen und Erfordernissen. Dem pflichtet auch Andreas Wirsching bei.<sup>55</sup>

Einen "exogenen Entwicklungsstrang"<sup>56</sup> sieht Mallmann im sowjetischen Beispiel. Bert Hoppe hält es für unbegründet, die Politik der KPD als Umsetzung Moskauer Weisungen zu betrachten.<sup>57</sup> Vor allem in der Stellung zur SPD und in der Einheitsfrontpolitik zeige sich eine zunehmende Eigenständigkeit der KPD.<sup>58</sup> Thälmann - entgegen KI-Weisungen - "reizt den Spielraum der Antifaschistischen Aktion bis zum Äußersten aus".<sup>59</sup> Nach Hoppe gründen sich sowjetische Einflüsse auf die KPD auf drei Voraussetzungen: *Erstens* das Beispiel der einzigen *siegreichen* Partei; *zweitens* das sowjetische Beispiel als Alternative zum Kapitalismus *drittens* darauf, dass die wirtschaftliche und politische Krise des kapitalistischen Deutschland die Zustimmung zu einer revolutionären Orientierung erhöhe.<sup>60</sup>

Mallmann wie auch Wirsching weisen Webers These der Entgegensetzung eines "demokratischen Kommunismus" um Rosa Luxemburg und Paul Levi und der nachfolgenden Entwicklung der KPD als von den Fakten und Quellen her haltlos zurück. Sie weisen konkret und sehr entschieden die Kontinuität der ideologischen und organisatorischen Entwicklung seit der Gründung der KPD nach. Gegen Webers Behauptung, dass die Annahme des Parteikonzepts der Komintern eine "Abkehr von der eigenen Tradition"<sup>61</sup> bedeute, betont Mallmann, dass "starke innerdeutsche und innerparteiliche Schubkräfte existierten, die auf ein Selbstverständnis als Avantgarde hinausliefen". Schon die Heidelberger Leitsätze vom Oktober 1919 bezeugten doch, dass die KPD "freiwillig und ohne das vielbeschworene Drängen des 'großen Bruders' in Moskau ... das bolschewistische Selbstverständnis der Partei" sich aneignete. "Die Parteiführung - mit der Ausnahme Frölichs sämtlich alte Spartakisten aus dem Dunstkreis Rosa Luxemburgs - verpaßte sich zunächst völlig selbständig und autonom einen bolschewistischen Zuschnitt ..." Gerade Paul Levi habe "dabei als Schrittmacher" gewirkt.<sup>62</sup>

Dass dieser Erkenntnis- und Entwicklungsprozess den Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie, den Erfahrungen seit der Vorkriegszeit entsprang, verdeutlicht Mallmann auch am Beispiel der USPD: "Die Zustimmung zur Komintern war für die meisten Unabhängigen kein Kniefall vor dem bolschewistischen Modell, sondern konnte durchaus als Konsequenz der eigenen Tradition verstanden werden."<sup>63</sup> Wie Mallmann zusammenfassend konstatiert, unterschlägt das "Stalinisierungs"-Theorem die "innere Ausrichtungsdynamik der KPD"<sup>64</sup>. Auch Wirsching äußert sich ablehnend gegen "Weber's These vom demokratischen, 'luxemburgischen' Frühkommunismus", der durch eine "Stalinisierung" abgelöst werde. "Und in dieser Beziehung gehört die Kritik Mallmanns an Webers 'Stalinisierungs'-These zu den überzeugendsten des ganzen Buches."<sup>65</sup>

Die bürgerliche Sicht (in ihren verschiedenen Varianten) auf die Geschichte der KPD entlastet die Bourgeoisie und ihr Herrschaftssystem und die in dieses System integrierte Sozialdemokratie. Die Stigmatisierung der KPD als gesellschaftszerstörende, "totalitäre" Kraft dient nicht nur dieser Entlastung und Rechtfertigung, sondern zugleich der Verteufelung jeglichen Strebens nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen, jeglichen Denkens und Handelns über den Horizont des Kapitalismus hinaus. Darauf gerichtete Bewegungen werden als die deutsche Gesellschaft schädigende *fremdbestimmte* Kraft denunziert. Hauptinstrument dieser Denunziation ist das ideologische Konstrukt "Stalinisierung".

Dessen Kehrseite und Ergänzung ist die *Fiktion* einer der "Stalinisierung" entgegengesetzten "demokratisch-kommunistischen Tradition" - auch sie ein reines ideologisches Konstrukt ohne jede reale Grundlage. Ihre vorgeblichen Protagonisten (Levi, Thalheimer u. a.) repräsentieren einen Zickzackkurs zwischen Ausweichen vor Entscheidungen und ultralinkem Dogmatismus und Sektierertum. Ihre theoretischen Konzepte sind eklatant gescheitert - haben nicht einmal partielle Fortschritte bewirkt. Deren Wiederbelebung kann der sozialistischen Bewegung wohl kaum Erkenntnisgewinn bringen, im Gegenteil in sie Verwirrung tragen, Spaltungstendenzen fördern und sie lähmen.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. H. Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, Bd. 1, S. 10 - 12; ders.: Die Stalinisierung der KPD - Alte und neue Einschätzungen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (im folgenden: JbHKf), 2007, S. 222/223.
- 2 Ebenda, S. 222 u. 244.
- 3 B. Bayerlein in: Thälmann-Skandal (vgl. Anm. 4!), S. 63
- 4 Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. Hrsg. v. Hermann Weber u. Bernhard H. Bayerlein (Berlin 2003) (im folgenden: Thälmann-Skandal); Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner: LUXEMBUG oder STALIN. Schaltjahr 1928 - Die KPD am Scheideweg, Berlin (2003) (im folgenden: Schaltjahr 1928).
- 5 Vgl. Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Erster Bd., Hamburg/Berlin (1929), S. 347 (A. Ewert); Schaltjahr 1928, S. 127 (E. Meyer); ebenda, S. 132 - 135 (Ewert und andere).
- 6 Protokoll. Sechster Weltkongreß der KI, Erster Bd., S. 450 u. 453.
- 7 Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), RY 1/I 2/1/62, Bl. 19 - 21 u. 25.
- 8 Thälmann-Skandal, S. 197.
- 9 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/62, Bl. 29.
- 10 Vgl. ebenda, RY 1/I 2/5/10, Bl. 665
- 11 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Bd. VIII, Berlin 1975 (im folgenden: Dok. u. Mat. VIII), S. 729.
- 12 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/62, Bl. 36; Thälmann-Skandal, S. 29.
- 13 Vgl. Thälmann-Skandal, S. 18 (Weber) u. 35, 42, 51 (Bayerlein).
- 14 Vgl. Thälmann-Skandal, S. 35; Schaltjahr 1928, S. 65.
- 15 Vgl. Thälmann-Skandal, S. 140 - 145 u. 184 - 189.



- 16 Vgl. H. Weber: Die Wandlung, 1969, Bd. 1, S. 436/437.
- 17 Thälmann-Skandal, S. 42 u. 64 (Bayerlein).
- 18 Zweiter Teil, (Berlin 1952), S. 328.
- 19 Bd. 4, Berlin 1966, S. 181/182.
- 20 Teil II, Berlin 1966, S. 228 u. 230.
- 21 Bd. VIII, Berlin 1975, S. 729.
- 22 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/62, Bl. 62, Stenogramm-S. 192/200 (Follierung unleserlich).
- 23 Vgl. Thälmann-Skandal, S. 135.
- 24 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/5/10, Bl. 665.
- 25 Vgl. Thälmann-Skandal, S. 153.
- 26 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/70, Bl. 27- 29.
- 27 Vgl. Dok. u. Mat. VIII, S. 729. – Weber/Bayerlein datieren diese Erklärung auf den 7. Oktober (Thälmann-Skandal, S. 171), geben als Quelle die "Rote Fahne" vom 7. 10. 1928 an (ebenda, S. 328) und ordnen sie in ihrer Dokumentation entsprechend *nach* dem Beschluss des Präsidiums des EKKI vom 6. Oktober 1928 ein. Die Veröffentlichung, welche die *bis dahin* erfolgten Zustimmungen dokumentierte, erfolgte aber auf Beschluss des Polbüros des ZK vom 5. Oktober, und zwar bereits in der "Roten Fahne" vom 6. Oktober 1928 (Nr. 236). Offenbar will man dem Leser suggerieren, die Stellungnahmen seien nicht dem EKKI-Votum *vorausgegangen*, sondern erst dessen *Folge* gewesen.
- 28 Vgl. Schaltjahr 1928, S. 73, 93, 98, 100, 122.
- 29 Vgl. ebenda, S. 65/66 u. 93/94.
- 30 Vgl. Thälmann-Skandal, S. 22.
- 31 Vgl. ebenda, S. 35.
- 32 Ebenda, S. 40.
- 33 Ebenda, S. 35.
- 34 Ebenda, S. 21.
- 35 Vgl. ebenda, S. 134/135.
- 36 Vgl. ebenda, S. 153.
- 37 Vgl. ebenda, S. 154/155.
- 38 Vgl. Schaltjahr 1928, s. 79/80.
- 39 Vgl. H. Karl: Ernst Thälmann in unserer Zeit. In: Geschichtskorrespondenz, Juli 2006, S. 7/8.
- 40 A. Thalheimer: Programmatische Fragen, Mainz (1993), S. 62.
- 41 Vgl. H. Karl: Linke Widerstände gegen die Volksfrontpolitik. In: Marxistische Blätter, 3/97, S. 74 – 76.
- 42 H. Weber: Die Wandlung, 1969, Bd. 1, S. 437.
- 43 Vgl. z. B. Schaltjahr 1928, S. 37, 54, 117, 141, 149 – 151.
- 44 Vgl. SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/469, Bl. 26.
- 45 Vgl. ebenda, RY 5/I 6/3/469, Bl. 26.
- 46 Vgl. B. Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928 – 1933, München 2007, S. 219 – 221.
- 47 Vgl. ebenda, S. 223 – 225.
- 48 JbHKf, 2007, S. 232; Thälmann-Skandal, S. 12.
- 49 Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, (Berlin 2003), S. 31/32.
- 50 Schaltjahr 1928, S. 9 u. 11.

- 51 K. M. Mallmann: Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (im folgenden: VfZ), H. 3, Juli 1999, S. 403.
- 52 Vgl. K.-M. Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt (1996), S. 2.
- 53 Vgl. ebenda, S. 68 u. 78/79.
- 54 Ebenda, S. 61.
- 55 Vgl. A. Wirsching: "Stalinisierung" oder entideologisierte "Nischengesellschaft"? In: VfZ, H. 3, Juli 1997, S. 462/463.
- 56 K.-M. Mallmann: Kommunisten, S. 62 u. 82.
- 57 Vgl. B. Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 14/15.
- 58 Vgl. ebenda, S. 19.
- 59 Vgl. ebenda, S. 305.
- 60 Vgl. ebenda, S. 356.
- 61 H. Weber: Die KPD als Sektion der Kommunistischen Internationale. In: L. Albertin/W. Link (Hg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Düsseldorf 1981, S. 180.
- 62 K.-M. Mallmann: Kommunisten, S. 64, 59, 67 u. 64.
- 63 Ebenda, S. 66.
- 64 Ebenda, S. 68.
- 65 A. Wirsching: "Stalinisierung" oder entideologisierte "Nischengesellschaft"?, S. 463.

Prof. Dr. Hans Hautmann

### **Die österreichische Revolution und ihre Besonderheiten<sup>1</sup>**

Der Begriff der "österreichischen Revolution", den Otto Bauer als Titel einer seiner besten, noch heute mit Gewinn zu lesenden Schriften geprägt hat<sup>2</sup>, muss in einem engen und in einem weiten Sinn verstanden werden. Der enge Begriff ist jener, der die Zeit vom 21. Oktober 1918 (dem Tag der Konstituierung einer provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich) bis zum 12. November 1918 (dem Tag, als mit der Ausrufung der Republik der Bruch mit dem alten Regime vollzogen wurde) umfasst. Macht man bei diesem engen Begriff der österreichischen Revolution Halt, wie es seitens der bürgerlichen Geschichtsschreibung üblich ist, so hat man damit aber für das Verständnis der Gesamtentwicklung nicht sehr viel gewonnen, denn die Geschehnisse jener wenigen Tage fielen ja nicht plötzlich wie Manna vom Himmel. Sie wurzelten tief im Ersten Weltkrieg und sie fanden auch mit dem 12. November 1918 noch keineswegs ihren Abschluss.

Man muss daher den zweiten, den weiten Begriff der österreichischen Revolution zur Analyse heranziehen. Dieser weite Begriff deckt sich mit dem Zeitraum des Andauerns einer *revolutionären Krise* in Österreich, die um die Jahreswende 1916/17 begann und im Herbst 1920 endete.

## November 1918

Der November 1918 war in Österreich eine Umwälzung eigener Prägung. Sie entstand zwar auf der Grundlage der allgemeinen revolutionären Krise in unserem Land, war aber doch weniger eine Frucht von offensiven Massenbewegungen der Arbeiterschaft als vielmehr ein Resultat der militärischen Niederlage der Mittelmächte und der Zerfall der Habsburgermonarchie in die Nationalstaaten. Das alte Herrschaftssystem ging in diesen Tagen in Trümmer und war gezwungen, den neuen Elementen, mit der Sozialdemokratie an der Spitze, *friedlich* die Macht zu übergeben. Das, was man gemeinhin mit dem Begriff "Revolution" assoziiert – Aufstand, Straßenkampf, Barrikaden – fehlte im November 1918, vereinzelte Gewaltaktionen ausgenommen, gänzlich.

Aufgrund dieser Tatsache ist bis heute die Mehrheit der bürgerlichen wie sozialdemokratischen Historiker der Ansicht, dass die Ereignisse um die Entstehung der Republik es nicht verdienen, als Revolution bezeichnet zu werden, dass es sich lediglich um einen durch äußere Faktoren verursachten "Zusammenbruch", nur um ein "Segeln im Wind der großen historischen Stürme"<sup>3</sup> gehandelt habe.

Eine andere Meinung vertraten aber schon damals zwei führende österreichische Rechtsgelehrte, Hans Kelsen und Adolf Merkl. Sie stellten bereits 1919 fest, dass das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich vom 12. November 1918 als *Bruch* der Kontinuität zu verstehen ist, die Grundlegung der Republik daher ein *revolutionärer* Staatsgründungsakt gewesen sei, weil er nicht aus einer gegebenen Verfassung abzuleiten war<sup>4</sup> und eine Neuschöpfung von Recht vorlag.<sup>5</sup>

## Kontinuität und Diskontinuität

Wir können uns der Definition der österreichischen Revolution nähern, wenn wir untersuchen, ob zwischen den politischen Strukturen der alten Monarchie und denen der jungen Republik wirklich ein so großer Unterschied klaffte, dass der Terminus "Revolution" dafür angemessen ist. Zu diesem Zweck muss man die verschiedenen Elemente der Kontinuität auf der einen und die der Diskontinuität auf der anderen Seite herausarbeiten.

Elemente der Kontinuität in der österreichischen Revolution waren:

1. Die ökonomische Grundlage, das Wirtschaftssystem auf privatkapitalistischer Basis blieb gleich.
2. Die Hauptbestandteile des Rechtssystems (Zivilrecht, Zivilprozessordnung, Strafrecht, Strafprozessordnung usw.) sowie die staatliche Verwaltungsorganisation mit ihren Instanzenzügen wurden übernommen.
3. Das nach Zehntausenden zählende alte Beamtentum, das Ämterwesen, die Polizei, der Behördenapparat von der Ministerialbürokratie bis hinunter zu den Bezirkshauptmannschaften blieb so gut wie unverändert aufrecht und funktionierte weiter.

Elemente der Diskontinuität in der österreichischen Revolution waren:

1. Der Wechsel der Staatsform als solcher, die Abdankung und schließlich Landesverweisung des letzten Habsburgerkaisers.

2. Die gesetzliche Aufhebung der Vorrechte des Adels.
3. Die Umwandlung des einstigen Mehrheitswahlrechts für den Reichsrat in ein Verhältniswahlrecht einschließlich des Wahlrechts für Frauen.
4. Die Abschaffung des Klassen- und Zensuswahlrechts für die Länder und Gemeinden – auch hier Einführung des Proportionalsystems – sowie die Auflösung der auf politischen Privilegien gegründeten Körperschaften wie zum Beispiel des Herrenhauses.
5. Das völlige Verschwinden der alten kaiserlichen Armee, an deren Stelle die Volkswehr trat, wo Anhänger der Sozialdemokratischen Partei die entscheidenden Machtpositionen besetzten.
6. Und zuletzt die Tatsache, dass a) zahlreiche sehr radikale Sozialgesetze die Freiheit der Unternehmer nun in mancher Hinsicht beschränkten, und b) die Arbeiter- und Soldatenräte die Tätigkeit der alten Ministerialbürokratie kontrollierten und in der Volkswehr einen entscheidenden Einfluss bei der Ernennung und Beförderung von Kommandoinhabern hatten.

Diese Veränderungen, die in ihrer Gesamtheit als Beseitigung des autoritären Obrigkeitsstaates umschrieben werden können, waren dergestalt, dass sie in der Monarchie auf friedlichem Weg nicht durchsetzbar waren. Im Unterschied zu den Anpassungsschritten an das moderne bürgerlich-liberale Zeitalter in den letzten Jahrzehnten des Habsburgerreiches, die eine Reihe demokratischer Reformen nach sich zogen, blieben sie mit den ureigensten Interessen der herrschenden Schichten unvereinbar. Sie sprengten den Rahmen der Systemkonformität und stellten eine neue Qualität dar: den vollen Durchbruch bürgerlich-demokratischer Verhältnisse.

### **Die drei Revolutionsetappen**

Die österreichische Revolution war kein punktueller Vorgang, der sich auf die Novemberereignisse reduzieren lässt, sondern ein Prozess, der im November 1918 einsetzte und im Sommer/Herbst 1920 zum Abschluss kam. Innerhalb dieses Prozesses können drei große Etappen unterschieden werden:

Die *erste* Etappe, die von November 1918 bis Ende Jänner 1919 dauert, war die *Periode der Etablierung der bürgerlichen Demokratie*. Sie verlief in verhältnismäßig geordneten Bahnen, ohne größere Gewaltaktionen und scharfe Klassenzusammenstöße. Die Aktivitäten der Volksmassen blieben, betrachtet man die österreichische Revolution als Ganzes, begrenzt und schlugen über den Rahmen des in dieser Etappe Erreichten noch nicht hinaus. Sie waren zwar stark genug, um in Verbindung mit dem militärischen Zusammenbruch und nationalen Zerfall des Reiches in der politischen Herrschaft den Wechsel von der Monarchie zur parlamentarischen Republik zu erzwingen; auf den konkreten Umfang und Inhalt der Errungenschaften der ersten Phase der österreichischen Revolution hatten sie aber nur geringen Einfluss. Deren Festlegung ging primär "von oben", von den neuen Trägern der Staatsmacht aus. Die Sozialdemokratie als führende Kraft der Koalitionsregierung konnte in diesen Wochen, faktisch unbehelligt von Widerständen innerhalb und außerhalb ihrer Reihen, das Programm der Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse in raschem Tempo durchziehen.

Die *zweite* Etappe, die von Februar 1919 bis Ende Juli 1919 dauert, war die *sozialrevolutionäre Periode* der österreichischen Revolution. In ihr kam es zu einer starken Mobilisierung der Arbeiterklasse und zu heftigen Klassenkämpfen, die im April 1919 in den Industriezentren in einer akuten revolutionären Krise gipfelten. Die Stoßrichtung dieser Etappe war eindeutig sozialistisch, auf die Überwindung der sozialökonomischen Herrschaftsverhältnisse und politischen Machtstrukturen abzielend. Dass es den zu einer grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung drängenden Arbeitermassen nicht gelang, ihre Sache zum Sieg zu führen, lag in erster Linie daran, dass die Sozialdemokratie den Basisdruck durch institutionelle Innovationen (Ausbau der Räteorgane, Bildung der Sozialisierungskommission) aufzufangen, die Krise mittels weitreichender sozialpolitischer Reformen zu überbrücken und die große Mehrheit der österreichischen ArbeiterInnen mit der Beschwörung der Übermacht der Feinde eines räterepublikanischen Experiments von der Opportunität ihres "vorläufigen" Verharrens auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie zu überzeugen verstand.

Die *dritte* Etappe, die von August 1919 bis Herbst 1920 dauert, war die *Konsolidierungsperiode* der österreichischen Revolution. In ihr flauten die Klassenkämpfe der Arbeiter, nur im Frühjahr 1920 durch einen vorübergehenden Aufschwung der Masseninitiative unterbrochen, insgesamt ab. Das bürgerliche Lager erstarkte, und die von ihm ausgehenden retardierenden Tendenzen gewannen nach und nach die Oberhand. Am Ende der dritten und letzten Etappe, das zwischen den Daten Juni 1920 (Bruch der Koalition) und Oktober 1920 (Annahme der Bundesverfassung, Niederlage der Sozialdemokratie bei den Nationalratswahlen) anzuberaumen ist, saß das Bürgertum wieder fest im Sattel; es war jedoch noch weit davon entfernt, jene Ergebnisse der österreichischen Revolution, die für die besitzenden Klassen auf Dauer inakzeptabel waren, von sich aus rückgängig zu machen.

Nimmt man die österreichische Revolution als Einheit des skizzierten Dreiphasenprozesses, so kann sie als bürgerlich-demokratische Revolution definiert werden, die in bedeutendem Maße mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde und deshalb eine mit erheblichen sozialen und politischen Errungenschaften der Massen ausgestattete parlamentarische Republik schuf. Ihre Eigenart bestand darin, dass, anders als in Deutschland, die erste Revolutionsperiode mit der zweiten *nicht* zusammenfiel. Hätte sich im November 1918 die Machtblöse in Österreich mit dem Aufschwung der Massenbewegung des Frühjahrs 1919 vereint, wären, wie in Deutschland, beide Erscheinungen synchron gewesen, so würde niemand in Versuchung kommen, das insgesamt revolutionäre Wesen der Vorgänge in Österreich in Frage zu stellen, ebenso wenig wie Historiker, die sich mit dem November 1918 in Deutschland beschäftigen, seinen revolutionären Charakter ernsthaft bezweifeln. Die Ungleichzeitigkeit der Phasen eins und zwei darf also weder dazu verführen, bei der Betrachtung der Novemberereignisse die erst später wuchtig einsetzende Massenmobilisierung mit allen ihren in den Bestand der revolutionären Errungenschaften eingegangenen Resultaten auszublenden, noch davon ablenken, dass trotz der Verschiedenheiten im konkreten Ablauf die Ergebnisse der österreichischen Revolution denen der Umwälzung in Deutschland letztlich qualitativ gleichzusetzen sind.

## **Die Rolle der KPÖ**

Am 3. November 1918 wurde in Wien die Kommunistische Partei Deutschösterreichs (so lautete bis 1920 ihr offizieller Name) gegründet. Der Gründung vorausgegangen war ein Angebot an den eben erst aus der Haft entlassenen Friedrich Adler, an die Spitze der Partei zu treten. Adler, der nach dem Attentat und seiner Verteidigungsrede vor dem Ausnahmegericht unter den Arbeitern höchstes Ansehen genoss, lehnte dies mit der Begründung ab, dass die 1917/18 von der Sozialdemokratie vollzogene Wendung "nach links" (in Wahrheit in Richtung Zentrismus) nun auch "unzufriedenen Genossen" die Möglichkeit biete, "innerhalb der Partei für das internationale revolutionäre Programm der Sozialdemokratie" (!) zu wirken.<sup>6</sup>

Man kann ohne Übertreibung sagen, dass Friedrich Adlers Haltung ein für den Ablauf der österreichischen Revolution entscheidendes Faktum war. Hätte er mit den rechten sozialdemokratischen Führern gebrochen und seine politische Tätigkeit als Begründer einer neuen Partei fortgesetzt (die unter seinem Einfluss gewiss nicht bolschewistischen Charakter gehabt hätte, sondern vorerst eine Art "linker USPD" unter Einbeziehung der Linksradiكالen geworden wäre), so wäre eine große Zahl, wahrscheinlich sogar die Mehrheit der Arbeiterschaft mit ihm gegangen, und die Entwicklung hätte einen anderen Verlauf genommen. Mit seinem Schritt trug Friedrich Adler dazu bei, dass die Stellung der Sozialdemokratie als überragende, beherrschende Partei der österreichischen Arbeiterklasse unangetastet blieb. Er und kein anderer sozialdemokratischer Führer war imstande, auf die im Frühjahr 1919 bis aufs Äußerste erregten und revolutionär gestimmten Massen mäßigenden Einfluss auszuüben und sie im Gleichschritt mit der festgelegten Strategie der Partei zu halten, in der bürgerlich-demokratischen Etappe der Revolution zu verharren. Friedrich Adler und kein anderer war es daher, der an die Spitze jener Massenorganisation gestellt wurde, in der die eigentlichen Auseinandersetzungen um die Frage des Weitertreibens der Revolution zur Räterepublik und zum Sozialismus ausgetragen wurden und wo die Macht seines Prestiges am stärksten wirken konnte: den Arbeiterrat.

Wegen persönlicher Differenzen und politischer Meinungsverschiedenheiten kam es am 3. November 1918 nicht zum Zusammenschluss aller linksoppositionellen Gruppen. Die Linksradiكالen unter Franz Koritschoner, die die Gründung für verfrüht hielten, blieben der KPDÖ ebenso fern wie Leo Rothziegel, Johannes Wertheim, Egon Erwin Kisch, Michael Kohn-Eber und andere, die sich in der "Föderation revolutionäre Sozialisten 'Internationale' " (FRSI) vereinigten.<sup>7</sup>

Historisch war die Zeit für die organisatorische Trennung vom Reformismus längst gekommen und die Schaffung einer revolutionären Partei in Österreich überfällig. Die Gründung vollzog sich aber ohne umfassende Diskussion über die Prinzipien einer marxistischen Arbeiterpartei und deren Aufgaben im Kampf um die sozialistische Revolution. Eine solche Auseinandersetzung wäre gerade in Österreich wichtig gewesen, stand hier doch die Masse der Arbeiterschaft unter dem Einfluss der zentristischen Führer Otto Bauer und Friedrich Adler, die für die Einheit mit den rechten Reformisten eintraten.

Diese ungünstigen Bedingungen paarten sich mit subjektiven Fehlern und Schwächen. Die vorerst an der Spitze der KPÖ stehenden Personen waren den Arbeitermassen unbekannt und hatten weder klare theoretische und politische Vorstellungen noch praktische Kampferfahrungen. Sie vertraten mehrheitlich ultralinke Auffassungen, die sich im Glauben äußerten, durch spektakuläre Aktionen (zum Beispiel die Besetzung der Redaktionsräume der

"Neuen Freien Presse" am 12. November 1918) und durch zündende Losungen die Massen mit sich reißen zu können. Das Wirken der KPÖ reduzierte sich in der ersten Zeit ihres Bestehens auf die Propagierung von Grundsätzen des Marxismus und der proletarischen Revolution. Ihre einzige Antwort auf die brennenden Fragen des Tages war der Ruf nach der sofortigen Errichtung der Diktatur des Proletariats, die aber nur dann zu erreichen war, wenn man die Massen anhand ihrer *eigenen* Erfahrungen, durch Aufwerfen der akuten, ungelösten politischen und wirtschaftlichen Probleme zur Einsicht ihrer Notwendigkeit *heranzuführen* verstand. Gerade an dieser Fähigkeit mangelte es der damaligen KPÖ-Führung am krassesten.

Dennoch erstarkte die Partei im Sog des Wiedereinstiegs der revolutionären Welle, der ab Februar 1919 in den Industriezentren Österreichs offenkundig wurde und in den Monaten der Nachbarschaft Räteungarns (21. März bis 1. August 1919) den Höhepunkt erreichte. Binnen weniger Wochen stieg die Zahl ihrer Mitglieder von 3000 im Februar 1919 auf 10 000 im März und 40 000 im Mai/Juni 1919. Allerdings waren die Grundorganisationen keineswegs gefestigt und die Partei nur in sehr wenigen Großbetrieben verankert. In der Hauptsache rekrutierten sich ihre Anhänger aus Arbeitslosen, Kriegsinvaliden und Kriegsheimkehrern, Schichten des Proletariats, die vom sozialen Elend am schärfsten betroffen waren.

### **Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und KPÖ**

Die österreichische Sozialdemokratie verfolgte gegenüber den Kommunisten eine politische Linie, die sich von der in Deutschland eines Ebert, Scheidemann, Noske usw. deutlich abhob: die Strategie der möglichst *gewaltlosen* Bändigung der Gefahr von links.

Anfang März 1919 entschloss sich die Sozialdemokratische Partei unter dem wachsenden Druck der radikalisierten Arbeitermassen, das Organisationsstatut des Arbeiterrats zu ändern, ihn für die Kommunisten zu öffnen und allgemeine Wahlen in die Orts-, Bezirks- und Landesarbeiterräte auszuschreiben. Dabei ging sie von sehr konkreten politischen Erwägungen aus, von denen gleich die Rede sein wird. Die sich über den April, Mai und teilweise noch Juni 1919 hinziehenden Wahlen in die Arbeiterräte, die in ganz Österreich an die 870 000 Werktätigen, davon in Wien 480 000, mobilisierten, erbrachten für die KPÖ einen Stimmenanteil von fünf bis maximal zehn Prozent.<sup>8</sup> Dieses Ergebnis war in erster Linie den Erfolgen in der Wählergruppe der Arbeitslosen und Invaliden geschuldet; bei den Beschäftigten der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe lag der Anteil der Kommunisten nur an der Vier- bis Fünf-Prozentmarke.

Die erdrückende Majorität der österreichischen Arbeiterschaft bekannte sich also auch am Höhepunkt der revolutionären Krise im Frühjahr 1919 zu ihrer angestammten Partei, zur Sozialdemokratie. Sie tat das allerdings nicht deshalb, weil sie deren politische Linie unterstützte, mit den Christlichsozialen in der Regierung zu koalieren und auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung zu verharren, sondern weil sie erwartete, davon überzeugt war und darauf vertraute, nur unter ihrer Führung, und nicht unter der der jungen und unerfahrenen Kommunistischen Partei, zum Sozialismus gelangen zu können.

Die politische Quintessenz des Ausbaus des Arbeiterrats zu einem "Parlament der gesamten Arbeiterklasse" war, mit den Kommunisten Kontakt zu halten, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sie, wenn möglich, auf die sozialdemokratische Linie des "Abwartens" und "Gewehr-bei-Fuß-Stehens" zu bringen, sie von der Perspektivlosigkeit des Experiments einer Räterepublik zu überzeugen, und, wenn dies nicht gelang, *mit Mehrheitsbeschlüssen niederzustimmen*. Gerade in den Monaten der Nachbarschaft Räteungarns wurde von den sozialdemokratischen Führern mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, dass für alle die österreichische Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit berührenden Fragen nicht Parteien oder Gewerkschaften, sondern der *Arbeiterrat* die einzig zuständige und entscheidungsberechtigte Körperschaft sei. Dass der Arbeiterrat nach erfolgter Organisationsreform, nach der Öffnung für alle sozialistischen Parteien und Gruppierungen<sup>9</sup>, nach der Einführung der freien und demokratischen Wahl der Mandatare ein solches repräsentatives und Autorität besitzendes Forum war, das konnten auch die Kommunisten nicht bestreiten. Um also ihr Ziel, alle Macht im Staat in die Hände der Räteorgane zu legen, zu erreichen, musste die KPÖ nach der inneren Logik dieser neuen proletarischen Institution danach trachten, durch hartnäckigen politischen Kampf, tägliche Propaganda und ideologische Aufklärungsarbeit die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen für sich zu gewinnen und die Majorität im Arbeiterrat zu erobern. Da dies aus einer Reihe von objektiven und subjektiven Gründen nicht gelang, sahen sich die Kommunisten mit einer Situation konfrontiert, in der jeglicher Versuch, die Schwelle des sozialdemokratischen Reformismus zu überschreiten, vor den Massen als "Missachtung der Beschlüsse des Arbeiterrats" und "Bruch der proletarischen Disziplin" gebrandmarkt werden konnte. Dieses Dilemma wurde von den austromarxistischen Führern bis zum letzten ausgenutzt. Friedrich Adler sagte auf dem Salzburger Parteitag 1924, der den Beschluss über die Auflösung der Arbeiterräte fasste:

"Manche Genossen glauben (...), es war eine besondere Schlaueit und taktische Geschicklichkeit, mit der wir die Kommunisten dazu gebracht haben, immer wieder eine Niederlage nach der anderen zu erleiden. Aber das ist nicht die Geschicklichkeit einer Person, sondern der *Erfolg eines Prinzips*; die Kommunisten waren gezwungen, sich im Rahmen der *proletarischen Demokratie den Beschlüssen der Mehrheit* der Arbeiterklasse zu unterwerfen."<sup>10</sup>

Zum "Erfolg eines Prinzips" konnte die sozialdemokratische Politik im Arbeiterrat - und in der österreichischen Revolution überhaupt - allerdings nur werden, weil die Parteiführer ihr Endziel als mit dem der Kommunisten deckungsgleich hinstellten, weil auch sie den radikalisierten Arbeitermassen 1918/19 versprochen, sie zum *Sozialismus* zu führen.

### **Sozialdemokratie und Sozialismus**

Bei aller Vielfalt reformistischer Konzeptionen und Lehren kann ihr eigentliches Wesen in der Hauptsache auf zwei Schattierungen zurückgeführt werden: 1. Reformisten, die Reformen als allein wirksame Methode zur *völligen* Umgestaltung der Ausbeuterordnung, als Mittel, um den *Sozialismus* zu erreichen, betrachten, und 2. Reformisten, die sich *keine* sozialistischen Ziele setzen, sondern einzig die Verbesserung der Lage der "sozial



Benachteiligten" zum Anliegen erklären und hierbei Reformen als Allheilmittel gegen sämtliche Gebrechen des Kapitalismus ansehen.

Die österreichische Sozialdemokratie war seit ihrer Wende zum Zentrismus, der auf dem Kriegsparteitag im Oktober 1917 vollzogen wurde, bis zu ihrem Untergang im Februar 1934 entschieden eine reformistische Partei des *ersten* Typs.

Das kam in der österreichischen Revolution mit besonderer Durchschlagskraft und enormer Massenwirkung zum Tragen. Dazu nur ein Beispiel: Am 1. März 1919 hielt der Parteivorsitzende der österreichischen Sozialdemokratie, Karl Seitz, auf der 1. Reichkonferenz der Arbeiterräte das Eröffnungsreferat. Darin stellte er den Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten als bloß taktische Meinungsverschiedenheit hin, die ausschließlich das Problem der Beurteilung des *Tempos* der Entwicklung zum Sozialismus, nicht aber das sozialistische *Endziel* betreffe. Während die Kommunisten "sofort", "über Nacht" und "mit Gewalt" den Sozialismus zu erringen suchten, sei die Sozialdemokratie der Auffassung, dass diese Entwicklung "einen gewissen Zeitraum in Anspruch nehmen wird". Dann ließ Seitz folgende Worte fallen: "Bei reicher Vorratswirtschaft, bei gefüllten Speichern, mit Menschen in voller Arbeitskraft *wäre der Sozialismus eine Frage der kürzesten Zeit* (...) Trotzdem und alledem (...) - wir müssen *heute* den Weg beschreiten, wir müssen anfangen, *den Sozialismus zu verwirklichen*."<sup>11</sup>

Die Sozialdemokratie hat den Werktätigen in der österreichischen Revolution also nicht gesagt, dass es bei der bürgerlich-kapitalistischen Staatsordnung bleibt, sondern ihnen versprochen, sie zum Sozialismus zu führen. Anders hätte sie damals keinen einzigen Tag ihren Masseneinfluss behalten können. Zudem versicherte sie, dass ihr Weg zum Sozialismus sicherer, bedachter, realistischer sei und viel weniger Opfer abfordern würde als der von den Kommunisten vorgezeichnete.<sup>12</sup> Dass das nicht nur Gerde war, dass Austromarxisten wie Otto Bauer, Max Adler, Friedrich Adler und andere den Sozialismus wollten und fest von der Richtigkeit dieses Rezepts überzeugt gewesen sind, kann ebenso wenig bestritten werden wie die Tatsache, dass jede soziale Revolution Wagnisse und Risiken in sich birgt.

Hier liegt die tiefste *massenpsychologische* Wurzel für den Erfolg des Reformismus und für das Scheitern der Bemühungen der KPÖ, zu einer Räterepublik zu gelangen. Denn vor die Wahl gestellt, ein Ziel friedlich oder durch härtesten Kampf zu erreichen, wird nur in Ausnahmefällen eine Mehrheit die vermeintlich mühelosere Alternative verwerfen. Die überwältigende Majorität der österreichischen ArbeiterInnen folgte daher 1918/19 dem von der Sozialdemokratie angebotenen Weg und lehnte den der Kommunisten, der ein blutiges gewaltige Opfer kostendes Ringen mit den in- und ausländischen Klassengegnern verhiess, ab. Erfahrungen mit den "dritten Wegen" hatte man 1918/19 noch keine, und die bis dahin sichtbaren Resultate sozialdemokratischer Strategie (demokratische Rechte, soziale Gesetzgebung, "rote" Volkswehr, starke Stellung des Arbeiterrats, Ankündigung der Sozialisierung der Großindustrie usw.) übertrafen die negativen Begleiterscheinungen der österreichischen Revolution, die von den Arbeitern mit Unbehagen registriert wurden, noch bei weitem. Die Arbeitermassen konnten damals nicht wissen, dass die Wahlmöglichkeit in Wirklichkeit nicht die zwischen zwei Wegen zum Sozialismus war, sondern die zwischen Sozialismus und Erhaltung der bürgerlichen Ordnung.

Wissen hätten es allerdings die sozialdemokratischen Führer müssen, die die Schriften von Karl Marx (auf die sie sich als Richtschnur ihrer Politik ja immerhin beriefen) in- und auswendig kannten und denen dessen Lehren, wie in revolutionären Zeiten vorzugehen ist und was man auf keinen Fall verabsäumen darf, nicht unbekannt waren, vor allem nicht die von Marx als Schlüsselfrage jeder Revolution bezeichnete Frage der Macht.

Otto Bauer bestätigte die Folgen der Missachtung dieses Prinzips, als er im Jahr 1930 in resignierendem Ton schrieb:

"Wir konnten 1919 die kapitalistische Produktionsweise, *die sich rings um uns in der Welt behauptete*, nicht gerade in Österreich überwinden. *So blieb der Bourgeoisie die ökonomische Macht*. Diese 'ökonomische Macht' wurde in Gestalt des Einflusses der kapitalistischen Presse und der von ihr erzeugten, 'öffentlichen Meinung' auf die Wählermassen, in Gestalt des Einflusses der Wahlfondsspenden der kapitalistischen Organisationen für die bürgerlichen Parteien und der Subsidien der kapitalistischen Organisationen für die Heimwehren, in der Gestalt des großindustriellen Betriebsterrors wirksam (...) *Auf der Grundlage der bürgerlichen Produktionsweise musste die bürgerliche Herrschaft wiedererstehen.*"<sup>13</sup>

Im Jahr 1919 hatte Otto Bauer noch festgestellt, dass damals die Entwicklung in Europa zum Sozialismus hin "überaus hoffnungsvoll" gewesen sei, in Deutschland die "Arbeitermassen stürmisch nach der Sozialisierung drängten", in Ungarn eine Räterepublik entstand, in der Tschechoslowakei und in Polen "große Agrarreformen, die Enteignung des großen Grundbesitzes angekündigt" worden sei und auch im Lager der Entente Bewegungen bemerkbar wurden, "die den Ausbruch einer sozialen Revolution in den Bereich des Möglichen zu rücken schien."<sup>14</sup> Der Kapitalismus behauptete sich 1919 weder in noch rings um Österreich ohne Erschütterung, sondern befand sich in einer tiefen Existenzkrise und war in Sowjetrußland und Ungarn bereits durchbrochen.

Das politische Handeln der großen Sozialdemokratie in der österreichischen Revolution hatte daher ein ganz anderes Gewicht als das der kleinen Kommunistischen Partei und muss daher auch anders bewertet werden. Wenn die Sozialdemokratie die Durchsetzung der bedeutenden demokratischen und sozialen Errungenschaften in der österreichischen Revolution als Verdienst für sich beanspruchen durfte, so trug sie auf der anderen Seite aber auch die Hauptverantwortung für das, was 1918/19 unterlassen wurde und bekanntlich schwerwiegende negative Folgen zeitigte.

Dennoch: Wir Marxisten haben mit der österreichischen Revolution von 1918/19 eine historische Tradition vor uns, die wahrlich der Erinnerung wert ist. Sie zeigt uns, wie viel unter bestimmten objektiven Voraussetzungen möglich und erreichbar ist, wenn sich die arbeitenden Menschen der Tugenden des Kampfes besinnen, ihrer Kraft innwerden. Die Grundpfeiler von 1918/19 bieten mehr als jedes andere Gedenkdatum der österreichischen Geschichte für alle in unserem Land, denen wirkliche und nicht bloß geheuchelte Demokratie, denen gesellschaftlicher Fortschritt auch und gerade im Gegenwind von Sozialabbau, Neoliberalismus und imperialistischer Globalisierung am Herzen liegen, Objekte der Identifikation und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

## Anmerkungen

- 1 Der Autor hat zu dieser Frage bereits mehrere Arbeiten verfasst, von denen die wichtigsten genannt seien: Hans Hautmann, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916 - 1919 = Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 7, Wien 1970; Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs = Europäische Perspektiven, Wien-Frankfurt-Zürich 1971; Zum Stellenwert der Massenbewegungen und Klassenkämpfe in der revolutionären Epoche 1917 - 1920, in: Geschichte als demokratischer Auftrag. Karl R. Stadler zum 70. Geburtstag, Wien-München-Zürich 1983; Der November 1918 - eine Revolution?, in: Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik. Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978 = Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Band 9, hrsg. von Isabella Ackerl und Rudolf Neck, Wien 1986; Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918 - 1924 = Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien-Zürich 1987; Die Anfänge der Partei bis 1920, in: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1987, 2. Aufl. 1989; Was hat uns der November 1918 heute zu sagen? Betrachtungen zum 70. Jahrestag der Gründung der Republik, Wien 1988.
- 2 Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923; Neuauflage mit einem Geleitwort von Ernst Winkler, Wien 1965.
- 3 Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien-Frankfurt-Zürich 1968, S. 293.
- 4 Adolf Merkl, Die Verfassung der Republik Deutsch-Österreich. Ein kritisch-systematischer Grundriss, Wien 1919, S. 2.
- 5 Hans Kelsen, Die Verfassungsgesetze der Republik Deutsch-Österreich. Erster Teil, Wien 1919, S. 28.
- 6 Friedrich Adler, Nach zwei Jahren. Reden, gehalten im November 1918, S. 14.
- 7 H. Hautmann, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung, a.a.O., S. 50.
- 8 H. Hautmann, Geschichte der Rätebewegung, a.a.O., S. 341 ff.
- 9 Laut dem neuen Organisationsstatut der Arbeiterräte vom März 1919 waren alle wählbar, die "in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation des arbeitenden Volkes erkennen". Siehe: Die Arbeiterräte Deutschösterreichs. Organisationsstatut, Geschäftsordnung, Geschäftsbehandlung und Adressen der deutschösterreichischen Arbeiterräte, Wien o.J. (1921).
- 10 Protokoll des sozialdemokratischen Parteitags 1924. Abgehalten in Salzburg vom 31. Oktober bis 3. November 1924, Wien 1924, S. 212. Hervorhebungen im Original.
- 11 Arbeiter-Zeitung, Wien, 2. März 1919, S. 3. Hervorhebungen H. H.
- 12 Wie die österreichische Sozialdemokratie "opferlos" zum Sozialismus zu gelangen gedachte, wurde von Otto Bauer in einer Artikelserie in der "Arbeiter-Zeitung" im Frühjahr 1919 detailliert geschildert. Die Artikel wurden sogleich auch als Broschüre in Massenaufgabe verbreitet: Otto Bauer, Der Weg zum Sozialismus, Wien 1919.
- 13 Otto Bauer, Die Bourgeois-Republik in Österreich, in: Der Kampf, 23. Jg., Wien 1930, S. 199. Hervorhebungen H. H.
- 14 Otto Bauer, Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahre der Republik = Schriftenreihe "12. November", Nr. 5, Wien 1919, S. 3.

Werner Ruch

## Franz Mehring und die Novemberrevolution 1918 in Deutschland

Mehring war bekanntlich weder Frontsoldat noch Fahnenträger des kaiserlich-imperialistischen Weltkrieges. Im Gegenteil. Der marxistische Historiker Mehring war Antimilitarist und als Internationalist Kriegsgegner vom Scheitel bis zur Sohle. Schon vor seinem Eintritt in die Sozialdemokratische Partei 1891 trat er als linker bürgerlicher Demokrat gegen räuberische Annexionen als eines der Ziele des Königreiches Preußen im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 auf. Noch mehr, Mehring wollte durch die Beendigung des 1. Weltkrieges, verbunden mit dem Sturz der Monarchie, das Tor aufstoßen zu einer sozialistischen Republik.

Unter den führenden deutschen Linken wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Klara Zetkin war und blieb Mehring immer der Ältere, obwohl zum Beispiel Klara Zetkin auf ein höheres Parteialter zurückblicken konnte als Mehring. Untereinander gab es ein vertrautes Verhältnis, man pflegte persönliche und familiäre Beziehungen, nahm persönlichen Anteil am Leben des Anderen. Rosa Luxemburg nannte ihn häufig statt Franz liebevoll "Franziskus", oder für sie war er auch umgangssprachlich "der Alte". Sie sagte häufig "Der Alte" sei dieser oder jener Meinung oder er sehe es ebenso oder anders. Aber bis zum Lebensende siezten die beiden großen Frauen Mehring.

Im Revolutionsjahr 1918 gingen die Kräfte des schwer erkrankten Mehring zu Ende. Schon aus dem Gefängnis musste er am 24. Dezember 1916 mit einem Krankenwagen nach Hause gebracht werden. Ein Ohnmachtsanfall mit Kopfverletzungen auf offener Straße im Mai 1918 zeigte, wie ernst es um seine Gesundheit bestellt war. Als er von seinem Unfall Rosa Luxemburg berichtete, antwortete sie in einem Brief bestützt: *"Wie mich Ihr letzter Brief und namentlich der Bericht von dem fatalen Unfall erschüttert hat, kann ich Ihnen gar nicht sagen. Ich ertrage ja nunmehr meine ins vierte Jahr gehende Sklaverei mit wahrer Lammsgeduld, hier aber, unter dem Eindruck solcher schmerzlicher Nachrichten, packte mich eine fieberhafte Ungeduld und ein brennendes Verlangen, sofort hinaus zu dürfen, nach Berlin zu eilen und mich durch Augenschein zu überzeugen, wie es Ihnen geht. Ihnen die Hand zu drücken und mit Ihnen ein Stündchen zu plaudern."*<sup>4</sup> Wie angeschlagen Mehrings Gesundheit war, lässt sich auch daraus schließen, dass Mehrings Frau Eva ihm diesen Brief vorlesen musste.

Natürlich kann sich die Frage stellen, wie es angesichts dieses Gesundheitszustandes möglich war, dass gerade im Mai und Juni 1918 aus Mehrings Feder noch bedeutsame Arbeiten das Licht der Welt erblickten.

Das Manuskript für die Marxbiographie lag bereits Anfang 1917 druckfertig vor. Die verschiedenen Zensurbehörden hatten den Druck monatelang verzögert. So konnte das letzte Hauptwerk Mehrings erst Ende Mai 1918 erscheinen. Daraus ergab sich, dass fast zur gleichen Zeit, im Mai und Juni 1918, in der LVZ die Marx-Biographie besprochen und die Veröffentlichung Mehrings vierteiligen Aufsatzes "Die Bolschewiki und wir" erfolgte. Genau in diese Zeit fällt Mehrings "Offenes Schreiben" an die Bolschewiki. Es ist mit dem Datum 3. Juni 1918 versehen.

Mehring verbindet die Erklärung dieses persönlichen Schrittes zugleich mit einem unmissverständlichen Bekenntnis zur Oktober-Revolution und seiner revolutionären Solidarität mit den Bolschewiki. Mehring schrieb: *„Es mag anmaßend erscheinen, wenn ich, als ein einzelner ihrer deutschen Gesinnungsgenossen, den russischen Kameraden brüderliche Grüße und herzliche Glückwünsche sende. Aber in Wahrheit schreibe ich Euch doch nicht als einzelner, sondern als Ältester der Gruppe Internationale, der Spartakusleute, derjenigen sozialdemokratischen Richtung in Deutschland, die seit vier Jahren unter den schwierigsten Umständen, auf demselben Boden, mit derselben Taktik kämpft, wie sie von Euch angewandt wurden, ehe die glorreiche Revolution Eure Anstrengungen mit dem Siege gekrönt hat. Mit neidlosem Stolz empfinden wir den Sieg der Bolschewiki als unseren Sieg, und wir würden uns freudig zu Euch bekennen, wenn unsere Reihen nicht arg gelichtet wären und viele von uns – und wahrlich nicht die Schlechtesten – hinter den Mauern des Gefängnisses schmachteten, wie die Genossin Rosa Luxemburg, oder hinter den Mauern des Zuchthauses, wie der Genosse Karl Liebknecht.“*<sup>2</sup>

De facto erfolgte eine ausführlichere Erläuterung des Offenen Schreibens in den von der "Leipziger Volkszeitung" veröffentlichten Aufsätzen "Über die Bolschewiki und wir". Mehring setzte in ihnen die Auseinandersetzung mit den Verleumdern der Bolschewiki in der SPD und in der USPD-Führung fort. Er nimmt sich den von den imperialistischen Mächten diktierten Brest-Litowsker Friedensvertrag vom 3. März 1918 aufs Korn. Er behandelte das Verhältnis von Marx zur Pariser Kommune. Zu den Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland schrieb Mehring: *„Selbst wenn man von allem Sozialismus absieht, muß schon jeder, der einen demokratischen Verständigungsfrieden nicht bloß mit dem Maule wünscht, die Befestigung und Erhaltung der bolschewistischen Herrschaft auf dringendste zu fördern suchen: von einem solchen Frieden unaufhörlich zu schwatzen und dabei einen dicken Trennungsstrich zwischen sich und den Bolschewiki zu ziehen, ist der Gipfel der hoffnungslosen Konfusion, den nur Scheidemann und seine Gefolgschaft zu erklimmen vermag. Die Bolschewiki sind die einzige russische Partei, die vollkommen Bürgschaft für einen demokratischen Verständigungsfrieden bietet, die vollkommen hieb- und stichfest ist gegen allen und jeglichen Imperialismus, gegen den englischen nicht minder als gegen den deutschen.“*<sup>3</sup>

Nach der Eröffnung der ständigen Ausstellung über Leben und Wirken Franz Mehrings im ND-Gebäude und meinen wiederholten Hinweisen auf die Karl-Marx-Biographie haben diese einige Bekannte gelesen. Offenbar erscheint ihnen an einigen Stellen Marx in der Biographie als das ihnen so nicht bekannte Wesen. Deshalb ist es mir ein Bedürfnis, die Biographie erneut zum Lesen zu empfehlen und aus dem von Mehring selbst geschriebenen Vorwort zu zitieren: *„Meine Bewunderung wie meine Kritik – und zu einer guten Biographie gehört die eine wie die andere, in gleichem Maße – gilt dem großen Menschen, der nichts häufiger und nichts lieber von sich bekannte, als dass ihm nichts Menschliches fremd sei, ihn in seiner mächtig rauhen Größe nachzuschaffen, war die Aufgabe, die ich mir gestellt hatte ... sicherlich beruhte die unvergleichliche Größe von Marx nicht zuletzt darin, dass in ihm der Mann des Gedankens und der Mann der Tat untrennbar miteinander verbunden waren, dass sie sich gegenseitig ergänzten und unterstützten. Aber es ist doch nicht minder sicher, dass der Kämpfer in ihm allemal den Vortritt nahm vor dem Denker.“*<sup>4</sup>

Und noch eine Bemerkung zur Biographie. Mehring hatte nicht zufällig Rosa Luxemburg gebeten, das Kapitel zur Nationalökonomie für die Biographie zu schreiben. Sie war für ihn dafür die exzellente, aussagekräftige marxistische Theoretikerin. Das war aber noch vor Ausbruch des Krieges, als Mehring seine Lehrtätigkeit an der zentralen Parteischule der SPD beendet hatte.

Rosa Luxemburg schrieb am 28. Juni 1918, immer noch Gefängnishäftling, zur Biographie an Mehring: *„... es ist entschieden Ihr bestes Werk, was das edle Ebenmaß der Konzeption, die ruhige Schönheit der Sprache, und vor allem den starken Geist und die Frische betrifft, die aus der Arbeit wehen. Ich verspreche mir eine tiefe, aufrüttelnde Wirkung von dem Buche. Man konnte den Massen in diesem Moment nichts Schöneres schenken, um sie an die besten Traditionen zu erinnern.“*<sup>5</sup>

Es gereichte der Leipziger Volkszeitung zur Ehre, dass sie, parallel zur erwähnten Serie "Die Bolschewiki und wir", in großer Ausführlichkeit begann, "Franz Mehrings Marx"<sup>6</sup> ihren Lesern vorzustellen. Wohl zu unserem Kolloquium passend, zitiere ich einen der Zeit vorauseilenden Wunsch des Chefredakteurs der LVZ: "Ich wünsche Mehrings Buch vor allem die junge Generation (in die ich die jung gebliebene einrechne) als Leser; die Generation, die sich nicht mehr damit bescheiden wird, in frühem Vereinsdrill schnellfertig und gefügig ihre Jugend bloß für die spätere Einreihung in die verödeten Organisationen der >Erwachsenen< herzugeben, sondern die ihrem eigenen Rechte lebt, die Sturm und Gärung, Kraft und Begeisterung in sich fühlt ... die ewige Regeneration des Menschen in der Jugend, die es vollbringt, dass - trotz der gesellschaftlichen Zustände - immer wieder Leben da ist, das zum Höchsten langen will."<sup>7</sup>

In dem bereits erwähnten Brief an die Bolschewiki stellte Mehring auch selbstkritisch fest, dass sich die Hoffnungen, die ihn gemeinsam mit der Spartakusgruppe zum Eintritt in die USPD auf ihrem Gründungsparteitag vom 6. bis 8. April 1917 bewegten, um die "Unabhängigen" auf Revolutionskurs bringen zu können, sich nicht erfüllt hätten. Mehring fügte zugleich hinzu, dass diese Einschätzung aber nicht von allen Spartakusanhängern geteilt werde. Die Spartakusgruppe hatte sich auf dem Gründungsparteitag der USPD, 6. bis 8. April 1917 in Gotha, als lose Gruppe unter Beibehaltung ihrer politischen Plattform gegen den imperialistischen Krieg, zur Landesverteidigung, zum Parlamentarismus und zum politischen Massenstreik, angeschlossen. Franz Mehring gehörte bis zur Gründung der KPD am 30. 12. 1918 der zentralen Leitung des Spartakusbundes an.<sup>8</sup>

Im Juni 1918 wurde Franz Mehring zum ordentlichen Mitglied der Akademie der Gesellschaftswissenschaften der RFSR berufen.

Als am 13. Oktober 1918<sup>9</sup>, vier Wochen vor dem Ausbruch der Revolution, eine Reichskonferenz der Spartakusgruppe zusammentrat, befand sich Mehring in einem Sanatorium im Harz. Da noch hinter Gittern, konnten auch Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jochiges und Julian Marchlewski, letzterer war bereits nach Russland gereist, um sich den Bolschewiki zur Verfügung zu stellen, nicht teilnehmen. Die Konferenz trat für den Ausbau der Rätebewegung, für den Sturz der kaiserlichen Monarchie und für eine Republik ein. Sie rief zum bewaffneten Aufstand auf.

Lenin schrieb am 18. 10. 1918 an die Mitglieder der Spartakusgruppe: "Werte Genossen! Heute kam die Nachricht, dass die Spartakusgruppe zusammen mit den Bremer Linksradiakalen die energischsten Schritte tut, um

die Schaffung der Arbeiter- und Soldatenräte in ganz Deutschland zu fördern. Ich benutze die Gelegenheit, um unsere besten Wünsche den deutschen revolutionären Internationalisten zu übermitteln.“<sup>10</sup>

Einen Tag nach der Befreiung Liebknechts aus dem Zuchthaus Luckau gab am 24. Oktober 1918 die sowjetische Botschaft einen Empfang zu dessen Ehren. Er umarmte dort mit großer Herzlichkeit den auf einem Krankenstuhl anwesenden Franz Mehring.

Der Funke zur Revolution sprang bekanntlich vom Kieler Matrosenaufstand am 3. November 1918 auf Berlin und andere Zentren Deutschlands über. Es lässt sich schwer nachvollziehen, vor welche gewaltigen Anforderungen die Revolution die Spartakisten angesichts des Verrats der Revolution durch die rechtsopportunistische Führung der SPD und die zeitweilig mit ihr koalierenden USPD-Führer stellte.

Rosa Luxemburg schrieb an Franz Mehring am 18. November, nachdem unter übermenschlichen Anstrengungen drei Ausgaben der "Roten Fahne" erschienen waren. Seit ihrer Freilassung aus dem Gefängnis hatte sie noch nicht ihre Wohnung in Berlin-Südende betreten und wohnte vorübergehend im Hotel Moltke. Sie entschuldigte sich in ihrem Brief bei Mehrings, dass sie sie noch nicht besucht habe. *"Das erste war: endlich mit der Zeitung herauszukommen. Nun brenne ich darauf, Ihr Urteil zu hören, Ihren Rat zur Seite zu haben. Wir waren hoch erfreut, als uns Freund X<sup>1</sup> mitteilte, dass wir demnächst >Die Fahne< durch Ihren Beitrag und Ihren Namen schmücken können."*

Da Rosa Luxemburg um den ernsten Gesundheitszustand von F. Mehring wusste, machte sie ihm erst gar nicht das Angebot, an der Nerven zerreißenen Redaktionsarbeit teilzunehmen. Dennoch schafften es Rosa Luxemburg und ihre wenigen Mitstreiter in der Redaktion, die ersten der vier Artikel Mehrings "Militärische Schutzhaft" zu veröffentlichen. Der letzte Artikel erschien schließlich am 28. 12. 1918, zwei Tage vor der Gründung der KPD.

Kurz zuvor, am 20. Dezember 1918, hatte Rosa Luxemburg an Wladimir Iljitsch Lenin noch folgende Zeilen geschrieben: *"Teurer Wladimir! Ich benutze die Reise des Onkels<sup>2</sup>, um Ihnen allen einen herzlichen Gruß von unserer Familie<sup>13</sup>, von Karl Liebknecht, Franz Mehring und den anderen zu übersenden. Gebe Gott, dass das kommende Jahr alle unsere Wünsche erfüllen wird. Alles Gute! Über unser Leben und Treiben wird der Onkel erzählen. Einstweilen drücke ich Ihnen die Hände und grüße Sie."*

Den Tod Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs erfährt Mehring, er befand sich im Krankenhaus im Grunewald, von seinen Mitstreitern fast zwei Wochen später. Mehrings Frau war ebenfalls schwer erkrankt. So wurde Martha Rosenbaum mit dieser Aufgabe betraut. Eduard Fuchs, der als Vertrauter Mehrings und sein Nachlassverwalter im Krankenhaus bei diesem Gespräch dabei war, berichtete im Vorwort zur Ausgabe der 1920 zum 1. Mai in zweiter Auflage erschienenen Karl-Marx-Biographie über die Reaktion Mehrings auf diese Mitteilung: "... stundenlang irrte er im Zimmer auf und ab. Ständig trieb es ihn umher, solange bis der Greisenkörper erschöpft in den Lehnstuhl sank. Aber er sprang immer wieder auf ..." Mehring sagte: "Tiefer ist noch keine Regierung gesunken", und er wiederholte dies mehrfach. "Wenn die preußische Generalsclique wieder zur Herrschaft kommt, wird sie den Noske behalten, denn solche Methoden nehmen selbst die preußischen Junker nicht verantwortlich auf die eigene Kappe." Mehring zog sich in diesen erregenden Stunden noch eine

Erklärung zu, die zu einer schweren Lungenentzündung führte. Fuchs kommt zu dem Schluss: "Diesem Angriff war der alte, von der früheren Schutzhaft ausgemergelte Körper nicht mehr gewachsen. So starb Mehring am Tode seiner Freunde."

### Anmerkungen

- 1 Laschitza, Annelies, Radczun, Günter: Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe 1914 - 1918. Bd. 5, S.377. Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, 6. Auflage, 1984.
- 2 Höhle, Thomas, Koch, Hans, Schleifstein, Josef: Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 15, Dietz Verlag, Berlin 1966, S.773.
- 3 Ebenda, S. 771/772.
- 4 Mehring, Franz: Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Verlag der Leipziger Buchdruckerei AG 1918, S. 543.
- 5 Laschitza, Annelies, Radczun, Günter: Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe 1914 - 1918, Bd. 5. Rosa Luxemburg verbüßte eine Gefängnisstrafe vom 18. Februar 1915 bis 18. Februar 1916. Erneut verhaftet und in "Schutzhaft" vom 10. Juli 1916 bis zum 8. November 1918.
- 6 Leipziger Volkszeitung vom 8., 14., 15. und 16. Juni 1918.
- 7 In: Leipziger Volkszeitung vom 15. Juni 1918.
- 8 Der zentralen Leitung des Spartakusbundes gehörten an: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Willi Budich, Käthe und Hermann Duncker, Franz Mehring, Hugo Eberlein, Paul Levi, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und August Thalheimer.
- 9 Wie Ottokar Luban kürzlich nachgewiesen hat, nicht - wie bisher angenommen - am 7. Oktober.
- 10 Lenin, W. I.: Werke, Bd. 35. Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1973, 1973, S. 345.
- 11 Gemeint ist Eduard Fuchs, befreundet mit Franz Mehring und dessen späterer Nachlassverwalter.
- 12 Eduard Fuchs war von der Zentrale des Spartakusbundes beauftragt worden, mit Lenin und anderen einflussreichen Vertretern der KPR (B) und des Sowjetstaates direkten Kontakt aufzunehmen. Er bot sich dafür an, weil er nach 1914 in der Schweiz mehrmals mit Lenin zusammengetroffen war, dessen Vertrauen genoss und von der Sowjetregierung die Funktion des Zivilkommissars für die in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen bekommen hatte. Diese Mission nutzend, reiste er nach Sowjetrußland, wo er zwischen dem 26. und 28. Dezember 1918 in Moskau mit Lenin sprach. Eduard Fuchs übergab Lenin den Brief und den von Rosa Luxemburg verfasten Programmentwurf >Was will der Spartakusbund<. (Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 440 ff.) Anmerkung: Diese Fußnote ist Rosa Luxemburg. Gesammelte Briefe, Bd. 6, hrsg. von A. Laschitza entnommen.
- 13 Gemeint ist der Spartakusbund.

Dr. Günter Wehner

**Die Teilnahme des Hennigsdorfer Proletariats an der Novemberrevolution 1918**



Bereits beim Munitionsarbeiterstreik im Januar/Februar 1918 beteiligten sich 5000 Arbeiter und Angestellte der Hennigsdorfer AEG-Betriebe und des Stahl- und Walzwerkes im Ort. Sie legten bis zum 5. Februar 1918 die Arbeit nieder. Die gesamte Produktion in den Großbetrieben brach zusammen. Organisiert wurde diese Streikaktion durch eine rührige Spartakusgruppe in der AEG unter Leitung von Jakob Weber. Bedeutsam für die Arbeiterschaft der AEG-Betriebe in Hennigsdorf war der Entschluss, im Rahmen der Organisation der revolutionären Obleute eine bewaffnete Gruppe der Arbeiterschaft, die sogenannten "Schwarzen Katzen" zu bilden. So entstand in den AEG-Betrieben des Ortes eine bewaffnete Gruppe. Sie verteilte sich auf fast alle Bereiche der Werke wie den Flugzeugbau, die Isolatorenwerke, die Lokomotivfabrik, den Scheinwerferbau und das Stahlwerk, das zu diesem Zeitpunkt noch zur AEG gehörte. Leiter war ein in Hennigsdorf illegal lebender Spartakusgenosse.

So gelang es vor dem Ausbruch der Novemberrevolution einen revolutionären Kern in den Werken zu schaffen. Dazu gehörten die AEG-Arbeiter Oskar Dutschke, Wilhelm Heller, H. Kern, Karl Dunker, Hilde Steinbrink, Karl Unger, Jakob Weber und ein Matrose, der ebenfalls illegal in Hennigsdorf lebte.<sup>1</sup> Wesentlich komplizierter und langwieriger verlief der Prozess, um den Einfluss der reformistischen SPD-Führung auf die große Masse der Werkstätigen zurückzudrängen. Sie verfügte über fast alle wichtigen Publikationsorgane der Partei. In den dort erscheinenden Beiträgen zur politischen und militärischen Lage Deutschlands suggerierte die SPD-Spitze, dass sie nach dem Januarstreik 1918 eine umfassende Initiative für den Frieden und eine demokratische Umgestaltung des Landes in Gang gesetzt habe. Der Spartakusgruppe in Hennigsdorf gelang es, die Werkstätigen in den AEG-Fabriken des Ortes am 6. November 1918 für die sofortige Beendigung des Krieges zu mobilisieren. Der Landrat von Nauen benachrichtigte den Regierungspräsidenten in Potsdam, dass in den Hennigsdorfer AEG-Werken mit Hilfe von Flugblättern und mündlicher Agitation zum Streik aufgefordert wurde. Geschlossen legten am 9. November 1918 die ca. 10 000 Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten die Arbeit nieder. Siebzig Prozent der Belegschaft marschierte zunächst bis Schulzendorf und von dort zur Berliner Innenstadt weiter. In Berlin-Mitte erhielten die Hennigsdorfer Demonstranten Waffen und nahmen an der Massenkundgebung im Berliner Lustgarten teil, auf der Karl Liebknecht die sozialistische Republik ausrief.

In einem Staatstelegramm berichtete am Tag der Regierungspräsident von Potsdam an die "Meldestelle Innreich" Berlin, dass die Hennigsdorfer Fabriken von den Arbeitern übernommen worden seien. An der Spitze des Arbeiterrates, der ebenfalls am 9. November 1918 gebildet wurde, stand als Obmann des Betriebes Heinrich Weber. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des zentralen Arbeiterrates, der sich aus Vertretern aller Fabriken des Ortes zusammensetzte, gehörte der USPD an.<sup>2</sup> Ähnlich wie bei der Firma Schwartzkopf und in einigen anderen Berliner Großbetrieben erkämpften sich die Hennigsdorfer Werkstätigen in den AEG-Betrieben weitgehende Kontrollrechte. Zu diesen Rechten gehörte, dass der Betriebsrat bei seiner Tätigkeit im Betrieb nicht behindert werden durfte, dass der engere Betriebsrat, er umfasste ein Drittel des Gesamtbetriebsrates, von der Betriebsarbeit befreit war und berechtigt war, in sämtlichen Hennigsdorfer AEG-Fabriken zu wirken. Einstellungen und Entlassungen durften nur mit Zustimmung des Betriebsrates vorgenommen werden. Im Nachbarort Velten wurde auf einer Versammlung, die von ca. 1000 Einwohnern besucht war, ein provisorischer Arbeiter- und

Soldatenrat gebildet.<sup>3</sup> Am 13. November 1918 wurden in einer großen Versammlung im Speisesaal der AEG die Hennigsdorfer Arbeiterräte bestätigt. Gleichzeitig begann aber, wenn auch zunächst erst vorsichtig, der Abbau der Räte. In den ersten Verlautbarungen sowohl des Rates der Volksbeauftragten wie der Preußischen Regierung wurde auf die konstituierende Versammlung bzw. die verfassungsgebende Versammlung orientiert. Die Arbeiter- und Soldatenräte wurden bewusst ignoriert.

Im Dezember 1918 beteiligten sich Arbeiter und Angestellte am Proteststreik gegen den Mord an 14 Demonstranten in der Berliner Chausseestraße. Im Ringen gegen die konterrevolutionäre Gefahr entschlossen sich revolutionäre Hennigsdorfer Arbeiter in der AEG, eine Ortsgruppe der KPD im Ort zu gründen. Etwa 35 Mitglieder der USPD und des Spartakusbundes bildeten die kommunistische Ortsgruppe.

Bereits in den Berliner Januarkämpfen mussten sich auch die Hennigsdorfer Kommunisten bewähren. Hilde Steinbrink, Fritz Bojun, Oskar Dutschke, Wilhelm Heller, Kurt Unger und Jakob Weber gehörten zu den Verteidigern des "Vorwärts"-Gebäudes in Berlin.

In Hennigsdorf zeigt sich am Beispiel der Arbeiterräte, dass das Zentrum revolutionärer Tätigkeit zunächst nicht der Ort, sondern der Betrieb war. Das widerspiegelt auch die Protestresolution des Hennigsdorfer Arbeiterrates vom 18. Februar 1919, in der die schnelle Untersuchung des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gefordert wurde, die in der "Roten Fahne" vom 28. Februar 1919 veröffentlicht wurde. Die Arbeitervertretung des gesamten AEG-Konzerns, ca. 60 000 Arbeiter und Angestellte, schloss sich der Hennigsdorfer Resolution an.

Ein bleibendes Ergebnis der Novemberrevolution für Hennigsdorf war, dass sich der Industrieort zu einem Zentrum der Arbeiterbewegung im Land Brandenburg entwickelte.

### **Anmerkungen**

1 Vgl.: Jakob Weber: Trotz Alledem! Berlin 1960, S. 122 ff.

2 Vgl.: Claus Glöckner: Inaugural-Dissertation. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung Hennigsdorfs (1917 bis 1933) unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes der KPD um die Erweiterung ihres Masseneinflusses im Ort und dessen Betrieben. Vorgelegt an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, April 1969, S. 160 ff.

3 Vgl. ebenda, S. 162 f.

Prof. Dr. Eckhard Trümpler

**Otto Grotewohl zum 30. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution von 1918/1919**

In unseren politischen Werdegängen haben wir – mehr oder weniger bewusst – viele Erinnerungs- und Gedenktage sowie die Publikation zahlreicher Bücher und Broschüren erlebt. Eines der Ereignisse, an das ich mich noch gut erinnere, das für mich aus dieser großen Zahl wichtiger Geschehnisse herausragt, ist das Erscheinen und vor allem die Aneignung des Inhalts der Arbeit "Dreißig Jahre später" von Otto Grotewohl über die Novemberrevolution 1918/1919 und die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Nie zuvor war ein Jahrestag der Novemberrevolution öffentlich so breit und in großen Teilen der Arbeiterklasse so intensiv behandelt worden wie der vor sechs Jahrzehnten im Jahr 1948. Und zwar nicht nur, weil diese Revolution wie viele andere geschichtliche Ereignisse auch generell zur Pflege unseres Erbes gehört. Die spezifische Bedeutung des Jubiläums 1948 bestand vielmehr darin, dass es dringlich, von sehr aktuellem Nutzen war, sich über den Verlauf, die Ergebnisse und den Charakter dieser Revolution ein klares Bild zu verschaffen, aus ihren Halbheiten und ihrem Scheitern, dem Untergang der aus ihr erwachsenen bürgerlichen Weimarer Republik und dem Aufkommen des Faschismus im Schoße dieser Republik Lehren und Schlussfolgerungen für die Gegenwart, für die damalige aktuelle Situation zu ziehen.

Rufen wir uns in Erinnerung: Der Parteivorstand der SED hatte auf seiner 10. Tagung Mitte Mai und auf der 11. Tagung Ende Juni 1948 die Aufgaben beschlossen, um die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone allseitig zu festigen und die tiefgreifenden Umwälzungen voranzubringen sowie – als eine entscheidende Bedingung hierfür – die SED zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln. Dazu war es notwendig, Klarheit zu schaffen über den Weg zur Herrschaft der Arbeiterklasse, zum Sozialismus, und den Wert der Erfahrungen der KPdSU, über die Bedeutung des Leninismus für die SED. Und für eben diese Aufgabe nutzte die Führung der SED den bevorstehenden Jahrestag der Novemberrevolution. Sie orientierte auf eine breite öffentliche Diskussion über dieses wichtige Ergebnis und mit ihm verbundene grundsätzliche Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Bereits Ende Juli, also nur vier Wochen nach der 11. Tagung, widmete sich deshalb der Parteivorstand auf seiner 12. Tagung als dem zentralen Punkt der Tagesordnung ausführlich solchen Grundfragen wie: Welche Lehren vermitteln die Novemberrevolution und die nachfolgende Entwicklung? Warum war es 1918/1919 in Deutschland nicht gelungen, die Herrschaft des Imperialismus zu beseitigen? Wie ist die Rolle der KPD einerseits und der rechten Führer der SPD andererseits in der Vergangenheit einzuschätzen?

Und es war nicht irgendein Mitglied des Parteivorstandes, sondern einer der beiden Parteivorsitzenden, Otto Grotewohl, der in einer groß angelegten Rede über fünf Stunden zu dieser Thematik referierte.

Zu Beginn umriss Otto Grotewohl seine Sicht auf die Problematik: "... Sowenig die Revolution von 1848 die historische Aufgabe des deutschen Bürgertums erfüllte, sowenig vermochte auch die Revolution von 1918 die historische Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse zu erfüllen; auch sie blieb sehr bald in ihren Anfängen stecken und ist in ihren Erfolgen nicht über einige Reformen hinausgekommen, die bürgerlich-liberalistischen Zielsetzungen zwar alle Ehre machten, mit Sozialismus aber nicht das geringste zu tun hatten ..., endete die Novemberrevolution 1918 als Zerrbild einer Demokratie im Koalitionsschacher der Weimarer Zeit und erstickte endgültig in der Gewaltdiktatur Hitlers ..., blieben dem deutschen Proletariat nach 1918 nichts als die

Massenarbeitslosigkeit, der Massenterror und schließlich der Massenmord.“<sup>1</sup> Er begründete die Notwendigkeit des Studiums dieser Revolution, gab sodann einen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterbewegung, analysierte die Auswirkungen der Fehler und Schwächen der Arbeiterbewegung in der Revolution und legte abschließend die Lehren aus ihr für die Gegenwart dar.

Hier ist darauf zu verweisen, dass sich Grotewohl schon vorher mit Blick auf die im Prozess der Vereinigung von KPD und SPD und ihres Zusammenwachsens zu klärenden Fragen gründlich mit der Novemberrevolution und der Weimarer Republik beschäftigt hatte. Davon zeugen vor allem seine Rede "Von 1918 bis 1945" auf einer Kundgebung der Berliner Sozialdemokratie am 14. September 1945 und sein Artikel "Zum 9. November 1918" im "Neuen Deutschland" vom 9. November 1946.<sup>2</sup> Viele Anregungen hatte er aus Gesprächen mit Wilhelm Pieck, mit dem ihn ein aufrichtiges und freundschaftliches Verhältnis verband, und aus dem Studium von Arbeiten von Marx, Engels und vor allem Lenin gewonnen.

Es ging damals – und dieser Aufgabe stellte sich Grotewohl – darum, sowohl die wesentliche Substanz der innerhalb der Sozialdemokratie nach der Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur vor allem im Prager Manifest des Emigrationsvorstandes vom Januar 1934 getroffenen kritischen und selbstkritischen Wertungen wie auch die von der Führung der KPD im Kampf gegen den Faschismus gewonnenen Erkenntnisse sozusagen zu bündeln. Dabei stellte er mit Verweis auf die Ausführungen Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Parteikonferenz 1935 fest, dass die KPD durch energische Selbstkritik daran gegangen war, ihre Fehler der Vergangenheit auszurotten. Dagegen "verharrten große Teile der Sozialdemokratie verbissen bis auf den heutigen Tag in ihren grundsätzlichen und strategischen Fehlern".<sup>3</sup> Nun galt es, die Übereinstimmung der wesentlichen positiven und negativen Erfahrungen und die Schlussfolgerungen beider Flügel der Arbeiterbewegung gewissermaßen auf höherer Ebene herzustellen und so die ideologisch-theoretische Geschlossenheit der rasch wachsenden Einheitspartei zu fördern.

Es war, so ist es mir in Erinnerung geblieben, damals nicht nur für mich, sondern wohl für viele andere Menschen außerordentlich wirksam und überzeugend, dass die unmissverständliche, kritische und für jedermann verständliche Analyse des Weges und der Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere gerade auch die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus der rechtssozialdemokratischen Führer, nicht durch den anderen Parteivorsitzenden, den ehemals führenden Kommunisten Wilhelm Pieck, sondern eben durch Otto Grotewohl erfolgte, durch einen bereits vor 1933 bekannten und 1945/1946 führenden sozialdemokratischen Funktionär. Wir älteren Mitglieder wissen aus eigenem Erleben, dass Grotewohl in der sowjetischen Besatzungszone über die Reihen der SED hinaus in der Arbeiterklasse, bei der Intelligenz, im Mittelstand, in bürgerlichen Kreisen großes Ansehen genoss.

Indem Grotewohl grundsätzlich mit opportunistischer und revisionistischer Praxis und Theorie abrechnete, sein Bekenntnis zu W. I. Lenin und dem Leninismus nicht nur verkündete, sondern aus den Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung heraus begründete, vor allem die Fragen der Macht und des Staates erläuterte und die Notwendigkeit einer konsequent revolutionären Partei nachwies, schlug er eine Bresche in die Front antikommunistischer Propaganda. Zu Recht heißt es in der 1966 erschienenen "Geschichte der deutschen

Arbeiterbewegung in acht Bänden": "Otto Grotewohl erwarb sich ein großes Verdienst, indem er als ehemaliger Vorsitzender der SPD diese notwendige Abrechnung mit den Fehlern der Sozialdemokratie vornahm. Er half damit vielen Parteimitgliedern, den endgültigen Bruch mit allen reformistischen Auffassungen zu vollziehen."<sup>4</sup>

Welch große Bedeutung die Führung der SED den Schlussfolgerungen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beimaß, wird auch daran deutlich, dass die 12. Tagung eine Kommission zur Ausarbeitung von Thesen über die Novemberrevolution wählte. Ihr gehörten Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Anton Ackermann, Hans Jendretzky, Helmut Lehmann, Hermann Matern, Fred Oelßner und weitere Mitglieder des Parteivorstandes an. Der von ihr vorgelegte Thesenentwurf wurde von der 13. Tagung des Parteivorstandes am 16. September 1948 bestätigt. Außerdem wurde beschlossen, das Referat Otto Grotewohls auf der 12. Tagung in Buchform herauszugeben. Es erschien Ende 1948 unter dem Titel "Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Die Schrift umfasste 170 Seiten. Die Erarbeitung eines solchen umfangreichen Leitfadens konnte schwerlich das Werk einer einzelnen Person sein; es war Anliegen eines größeren Kreises. Und so dankte Grotewohl im Vorwort zur Publikation dem Aktiv der Parteihochschule "Karl Marx", Erich Paterna und Prof. Dr. Karl Polak für die Mitwirkung am Zustandekommen seines Referats. Bis 1953 kam diese Schrift in fünf Auflagen mit insgesamt 155 000 Exemplaren heraus. Außerdem erschienen von ihr eine tschechische, italienische und polnische Ausgabe.

Die Arbeit "Dreißig Jahre später" war die erste umfassende marxistische Analyse des Weges der deutschen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone in hohen Auflagen verbreitet wurde.

Es kann keine Rede davon sein, dass Grotewohl mit dem Auftrag, das Referat auf der Tagung des Parteivorstandes zu halten, von den ehemaligen Kommunisten in irgendeiner Weise getäuscht oder "überfahren" worden sei. Ganz im Gegenteil: Er war "auch später noch stolz darauf, dass gerade er auserkoren worden war", zu diesem Thema zu referieren und danach das Buch "Dreißig Jahre später" herauszugeben. "Er sah darin einen großen Vertrauensbeweis."<sup>5</sup> Schließlich und vor allem beweist das künftige Wirken Grotewohls seine Konsequenz bei der Verwirklichung der von ihm dargelegten Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Zweifellos waren das Referat Otto Grotewohls sowie die genannten Thesen ein wichtiger Schritt der Führung der SED, verstärkt für eine positive Haltung zur Sowjetunion zu werben und den Boden zu bereiten für die Aneignung grundlegender Erfahrungen der KPdSU, die auch für die SED und die Bewältigung der Aufgaben in der sowjetischen Besatzungszone bedeutsam waren.

Nach diesen Ereignissen gab es meines Wissens nur noch einmal eine ähnlich gewichtige und umfassende Behandlung von Grundfragen der Geschichte unserer Bewegung auf der Ebene des gesamten Zentralkomitees. Das war unter Walter Ulbricht und dank seiner Initiative in der ersten Hälfte der sechziger Jahre im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer mehrbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

## **Anmerkungen**

- 1 Otto Grotewohl: Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5. Aufl., Berlin 1953, S. 5.
- 2 Siehe ders.: Im Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze: Bd. I, Berlin 1948, S. 16 ff. und 291 ff.
- 3 Ders.: Dreißig Jahre später, S. 132.
- 4 Bd. 6: Von Mai 1945 bis 1949, Berlin 1966, S. 272.
- 5 Dr. Fred Stempel, von 1951 bis 1960 persönlicher Referent Otto Grotewohls, 1995 gegenüber Prof. Dr. Wolfgang Triebel. In: Wolfgang Triebel: Geliebt und geschätzt. Wer war Otto Grotewohl?, Berlin 1998, S. 266.

Dr. Kurt Laser

### **Der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain - die Ruhestätte der Opfer zweier Revolutionen**

Wenn heute vom 9. November die Rede ist, wird in erster Linie an die Maueröffnung 1989 gedacht, was sich im nächsten Jahr bestimmt erheblich steigern wird. Dann spielen noch die Judenpogrome von 1938 eine gewisse Rolle. Aber vom Beginn der Novemberrevolution 1918 hört man kaum etwas. Sie wird generell in den Hintergrund gedrängt.

Daher finde ich es gut, dass Oskar Lafontaine auf dem Parteitag der Linken in Cottbus Sebastian Haffner zitierte, der die Revolution von 1918/19 als eine sozialdemokratische Revolution bezeichnete, die von der sozialdemokratischen Führung niedergeschlagen wurde, ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat. Seine Feststellung, dass wir uns heute dem politischen Vermächtnis von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mehr als verpflichtet fühlen, kann ich daher nur zustimmen. Mein Traditionsverständnis reicht allerdings nicht bis zu Willy Brandt, obwohl ich sein antifaschistisches Engagement, seinen Kniefall in Warschau und seine Nobelpreis-Rede mit dem Satz vom Krieg als "Ultima Irratio" hoch schätze. Aber mir scheint, dass Otto Winzers Bemerkung, der "Wandel durch Annäherung" sei die Konterrevolution in Filzlotschen, immer noch zutreffend ist.<sup>1</sup>

Es ist schon etwas unverständlich, warum heute versucht wird, die Novemberrevolution 1918 weitgehend in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Revolution stürzte die Monarchie und brachte mit der Weimarer Verfassung bei allen Mängeln eine ganze Reihe von bürgerlichen Rechten und Freiheiten und änderte prinzipiell nichts an den Macht- und Besitzverhältnissen.

Doch das war ja nicht von vornherein sicher. Rosa Luxemburg, in den letzten zwanzig Jahren – heute allerdings kaum noch – hauptsächlich mit der Bemerkung von der Freiheit des Andersdenkenden zitiert, wies darauf hin, dass für sie Sozialismus eine Gesellschaft ist, die auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Davon sind wir heute meilenweit entfernt. Oskar Lafontaine hat auch das zitiert. Wenn er allerdings meint, dass heute die Hartz-IV-Empfänger, die Leiharbeiter, die in Armut lebenden Kinder oder die Verkäuferinnen im Supermarkt, die bis auf die Toiletten von Kameras überwacht werden, zwar ohne Gleichheit, aber in Freiheit leben, ist das seine Sache.

Der heutige Umgang mit der Novemberrevolution 1918 zeigt sich auch im Zusammenhang mit dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain. Es ist wahrscheinlich bis heute nicht einmal allgemein bekannt, dass auf diesem Friedhof nicht nur die Opfer der Märzrevolution von 1848, sondern auch der Novemberrevolution von 1918 beigesetzt sind. Deshalb gab die Geschichtskommission der PDS Friedrichshain-Kreuzberg 2003 in der Reihe "Friedrichshainer Hefte" die Broschüre von Heinz Warnecke über die hier am 20. November, am 21. und am 29. Dezember 1918 beigesetzten Opfer der Novemberrevolution auf dem Friedhof der Märzgefallenen heraus. Darauf, dass der Friedhof Friedrichshain die Ruhestätte der Opfer zweier Revolutionen ist, verweist auch die Dokumentation von Werner Ruch.<sup>2</sup>

Mancher möchte das wohl gern verdrängen. So stellte vor einiger Zeit der der SPD nahestehende Paul-Singer-Verein e. V. einen Antrag auf Zuweisung von Lottomitteln für die Entwicklung einer Nationalen Gedenkstätte "Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain von Berlin". Nun ist die Bewilligung von Mitteln für die Aufwertung dieser Gedenkstätte der Arbeiterbewegung absolut in Ordnung. Unsere Geschichtskommission Friedrichshain-Kreuzberg der Partei DIE LINKE, die mit dem Paul-Singer-Verein in dieser und in anderen Fragen partiell zusammenarbeitet, begrüßt das ausdrücklich.

Doch in dem Antrag tauchte die Novemberrevolution 1918 überhaupt nicht auf. Hier wurde nur davon gesprochen, dass der Ort symbolisch für die Ideale der Revolution von 1848 steht und als Meilenstein für den demokratischen Prozess in Deutschland zu betrachten ist. Bei den geplanten Maßnahmen wird bei der vorgesehenen "Multimedialen Ausstellung" nur auf die Erinnerungsorte der 1848er Revolution im nationalen und europäischen Kontext verwiesen, und beim "Entwicklungsprozess zum nationalen Denkmal" auf die Initiierung eines öffentlichen Diskurses über die 1848er Revolution und den Friedhof.

Eine Stellungnahme von Heinz Warnecke zu diesem Projekt liegt vor. Er stellte unter anderem fest, dass der Antrag wegen der Reduzierung der Gedenkstätte nur auf die Opfer der Märzrevolution 1848, ohne die Opfer der Novemberrevolution 1918 im Prinzip nicht annehmbar ist.

Die Lotto-Stiftung Berlin hat inzwischen 650 000 Euro für das Vorhaben bewilligt. Die Projektleitung liegt in den Händen des Paul-Singer-Vereins, der sich - wie es in der Presseinformation heißt - schon lange um eine Aufwertung des historischen Ortes bemüht. Die Umbaupläne sehen einen Zaun um die Anlage vor. Das ist nicht verkehrt. Er kann vielleicht ein wenig gegen Vandalismus schützen.

Dann ist der Bau eines zumindest temporären Informations- und Dokumentationszentrums vorgesehen. Auch Ausstellungen können dort gezeigt werden. Seit März 2008 war bereits eine Ausstellung zur Geschichte des Friedhofes in den Räumen des nahe gelegenen Jugendclubs zusehen. Sie wurde vom Singer-Verein zusammen mit Schülern und dem Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg erarbeitet. Das Bezirksmuseum ist neben der Stiftung Historische Friedhöfe Berlin/Brandenburg auch der Kooperationspartner für das Gedenkstättenprojekt.

Von der Novemberrevolution ist in der Presseinformation in keiner Weise die Rede. Allerdings wird bisher auch noch nicht davon gesprochen, dass die zu DDR-Zeiten vorgenommenen Ergänzungen zur Ehrung der Toten der Novemberrevolution verschwinden sollen.<sup>3</sup> Mir ist natürlich schon klar, dass einigen die zu DDR-Zeiten vorgenommenen Ergänzungen, die vorwiegend mit der Novemberrevolution 1918 zusammenhängen, nicht gefallen.

Das trifft sicher auf die drei Grabplatten zu, deren mittlere die Namen der Opfer trägt, während auf der linken die Worte von Karl Liebknecht zu lesen sind: "Gründet fest die Herrschaft der Arbeiterklasse. Seid entschlossen gegen Jeden, der sich widersetzt." Und rechts wird Walter Ulbricht zitiert mit: "Die Vorhut der Arbeiterklasse hat in der Novemberrevolution heroisch gekämpft." Manchen stört auch die Figur des roten Matrosen. Es gilt also meines Erachtens, auch der Novemberrevolution 1918 den ihr gebührenden Platz zuzuweisen und ihre Opfer zusammen mit denen der Märzrevolution 1848 auf dem Friedhof im Friedrichshainer Volkspark zu ehren.

Heinz Warnecke hat die "Aktion November/Dezember 1918" ins Leben gerufen. Ich halte das für sehr wichtig, auch wenn der Kreis derjenigen, die die im Friedrichshain beigesetzten Kämpfer der Novemberrevolution ehren, bisher noch recht klein ist. Für den 90. Jahrestag der Novemberrevolution schlug unsere Geschichtskommission dem Bezirksvorstand Friedrichshain-Kreuzberg der Partei DIE LINKE vor, am 9. November 2008 um 17.00 Uhr auf dem Friedhof der Märzgefallenen einen Kranz niederzulegen und anschließend ein Meeting zu organisieren, auf dem einer der beiden Parteivorsitzenden sprechen könnte.

Heinz Warnecke erinnerte daran, dass am 20. November 1918 eine türkische Delegation einen Kranz mit der Inschrift "Den Kämpfern der Freiheit" niederlegte. Man sollte also auch nach Möglichkeit unsere türkischen Mitbürger in die diesjährige Ehrung einbeziehen.

Ich hatte eigentlich vor, über die Beisetzung der Revolutionsopfer von 1918 auf dem Friedhof der Märzgefallenen zu sprechen, zumal auch in der DDR-Geschichtsschreibung – auch in der "Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung" – darüber wenig zu finden ist. Doch da stieß ich auf eine Publikation von Paul Stangl "Friedhöfe von Revolutionären in Berlin: Erinnerung, Geschichte, Zeit und Raum", erschienen im Dezember 2007 im *"Journal of Urban History"*.<sup>4</sup>

Stangl ist Assistenzprofessor für Stadt- und Regionalplanung an der Kansas State University. Er gibt auch Kurse in Geschichte und Politik an der Universität Austin in Texas. Seine Forschungsinteressen umfassen neuen Urbanismus, Stadtlandschaften, Speicher und ihre Bedeutung, Europa und Berlin.

Mir lag leider nur die Übersetzung vor. An einigen Stellen offenbart der Autor in seinem Artikel über die Berliner Revolutionsfriedhöfe eine geradezu profunde Unkenntnis der Geschehnisse und der Örtlichkeiten. So begannen die Sowjets laut Stangl nach den Wahlen vom Oktober 1946 eine gegen die Berliner gerichtete Terrorkampagne, die die Westalliierten unterstützten, und Tausende verschwanden von den Straßen Ost- und Westberlins. Das ist schlechthin absurd. Wie die Sowjets das unter den Augen der US-amerikanischen, britischen und französischen Besatzungstruppen in Westberlin gemacht haben sollen, bleibt Stangls Geheimnis. Aber wenn es sich hier nicht um einen Übersetzungsfehler handelt, so meint Stangl ja, dass die Westalliierten das sogar unterstützt haben. Seine geringe Berliner Ortskenntnis verrät er mit der Verwechslung von Lichtenberg und Lichtenfelde, das er zu einem Berliner Bezirk erklärt, was er auch mit Friedrichsfelde tut.

Die Revolutionen von 1848 und 1918 führten nach Darstellung Stangls zum Märtyrertum von Führern und Mitgliedern der deutschen Opposition, deren Begräbnisstätte – der Friedhof der Märzgefallenen (Friedrichshain) beziehungsweise der Zentralfriedhof in Friedrichsfelde – im Verlauf der modernen Geschichte gesegnet, ignoriert und mit Prunk ausgestattet wurden. Der sich radikal verändernde Status dieser Begräbnisstätten beruhte auf den



Änderungen der Regierungsform und der offiziellen Ideologie und den sich wandelnden politischen Beziehungen in Berlin, Deutschland und Europa. Angespante Beziehungen zwischen deutschen Sozialisten und Kommunisten spielten dabei eine besonders hervorstechende Rolle.

Gemäß der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung, so meint Stangl, war die Revolution von 1948 Deutschlands "bürgerlich-demokratische Revolution", ein bedeutsamer Schritt in der Entwicklung der deutschen Nation zum Sozialismus hin, aber weniger bedeutend als die Revolution 1918/19, die als sozialistische Revolution betrachtet wurde. Dieser Satz zeigt natürlich schon, dass Stangl keine Ahnung von der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung hat. Er stützt sich dabei auf Heinz Voßke, "Die Gedenkstätte der Sozialisten", Roland Bauer und Erik Hühns, "Berlin. 800 Jahre Berlin", Wilfried Löschburg, "Unter den Linen. Geschichte und Geschichten einer berühmten Straße" und den Stadtführer "Berlin" von Annemarie Lange, also noch nicht einmal auf ihre Bücher zur Geschichte Berlins. Damit will ich in gar keiner Weise den Eindruck erwecken, dass diese Schriften nicht auch heute noch sehr gut und nützlich sind. Aus einem Buch über 800 Jahre Berliner Geschichte allein kann man ja wohl kaum die marxistisch-leninistische Einschätzung der Revolution von 1848/49 und 1918/19 ableiten. Neuere Literatur zur Thematik hat Stangl einfach nicht zur Kenntnis genommen.

An dieser Einschätzung der Arbeit von Stangl ändert sich auch nichts dadurch, dass er Quellen aus dem Nachlass Wilhelm Piecks in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und Akten im Landesarchiv Berlin eingesehen hat. Er zitiert auch das "Neue Deutschland" aus den Jahren 1947 und 1990 sowie die "Berliner Zeitung" aus den sechziger Jahren.

Dann verkündet Stangl noch solchen Unsinn, dass die gegenwärtige deutsche Geschichtsschreibung die These vertrete, dass der eine gemeinsame Nenner unter der Anhängerschaft (von wem, sagt er nicht) die nationale Einheit war, die von derart unterschiedlichen sozialen und politischen Reformen begleitet war. Kann es sein, dass Stangl nicht bemerkt hat, dass die nationalstaatliche Einigung Deutschlands bereits 1871 hergestellt worden war?

Stangl schreibt weiter, offensichtlich in Bezug auf die Revolution von 1848: "Obwohl demokratische Reformen von herausragender Bedeutung waren, demonstrierte das Bürgertum in unterschiedlichem Maße seine Unterstützung für die Demokratie, die meisten befürworteten ein begrenztes Wahlrecht, abhängig von Besitz oder Bildungsstand, oder von beiden. In einer marxistisch-leninistischen Interpretation [in welcher, sagt er nicht] wird jedoch die 'bürgerliche Demokratie' als eine Form der Demokratie angesehen, die dem bürgerlichen Klasseninteresse dient." Stangl ist offensichtlich nicht aufgefallen, dass er dafür mit dem Hinweis auf die Forderung nach einem begrenzten, vom Besitz abhängigen Wahlrecht einen Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung liefert.

Interessant ist, dass Stangl die SPD als eine Partei ansieht, "die *nationalistisch* und *reformistisch* blieb und für die parlamentarische Demokratie eintrat, im Gegensatz zu den von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführten radikalen Spartakisten, die dem sowjetischen Modell des Sozialismus folgten, das Internationalismus, Revolution und Diktatur des Proletariats beinhaltet".

Stangl schreibt weiter: "Im Jahr 1918 führten Aufstände, Streiks und der Zusammenbruch der Kriegsanstrengungen zur Abdankung des Kaisers und zur Ausrufung einer deutschen Republik." Von der Novemberrevolution 1918 spricht er an dieser Stelle nicht. "Die Spartakisten gründeten im Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)", schreibt er, "und inszenierten im März eine große Erhebung. Die herrschende SPD verbündete sich mit Militaristen, welche die Aufstände niederschlugen, zum Preis von über 1200 Toten, der Verhaftung zahlloser kommunistischer Führer, der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg und einer daraus resultierenden scheinbar unüberbrückbaren Kluft zwischen SPD und KPD."

Stangl weiß offensichtlich nicht, wann Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden, und dass die KPD davor warnte, sich zu bewaffneten Kämpfen provozieren zu lassen. Bemerkenswert ist aber immerhin das Eingeständnis, dass das Bündnis der SPD mit Militaristen und die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg zu der "scheinbar unüberbrückbaren Kluft" zwischen SPD und KPD führten. Heute wird dafür ja in der Regel, auch von Leuten, die sich Linke nennen, ausschließlich die KPD verantwortlich gemacht.

Stangl weist zwar richtig darauf hin, dass der Magistrat (den er als die Verwaltungsabteilung der Berliner Stadtregierung bezeichnet, während der Stadtrat - damit meint er wahrscheinlich die Stadtverordnetenversammlung - die Exekutive darstellte) es ablehnte, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf dem Friedrichshainer Friedhof der Märzgefallenen beizusetzen, weil "die SPD, die sich selbst als Erbe der 1848er Revolution betrachtete und sich seit der Revolution 1918/19 in einem tödlichen Konflikt mit der KPD verwickelt sah, ... nur vor der Aussicht zurückschrecken konnte, kommunistische Märtyrer neben den 'demokratischen' Märtyrern von 1848 zu beerdigen".

Obwohl Stangl über den Friedhof der Märzgefallenen schreibt, hat er offensichtlich keine Ahnung, dass im November und Dezember 1918 33 Revolutionsopfer auf diesem Friedhof im Friedrichshain beigesetzt wurden.

Es gibt auch lichte Momente bei Stangl, wenn er feststellt, dass die SED ihre Selbstdarstellung änderte und vom Mitglied der antifaschistischen Front zum Anführer des Kampfes um die Einheit Deutschlands wurde, die gegen den Versuch der Westalliierten kämpfte, Deutschland zu spalten.

Interessant ist, dass Stangl unter Hinweis auf den Nachlass Wilhelm Piecks feststellt, dass es zunächst Pläne gab, die Gedenkstätte der Sozialisten neu auf der großen Freifläche in dem angrenzenden Park in der Nähe des Friedhofs im Friedrichshain anzulegen, wozu weniger umfangreiche Grabumbettungen erforderlich und größere architektonische Möglichkeiten gegeben wären, und vor allem Menschenmassen ungehindert auf dieses Gelände marschieren könnten. Wilhelm Pieck entschied aber dann - laut Stangl -, die Gedenkstätte der Sozialisten nach Friedrichsfelde zu verlegen und zeigte seiner Meinung nach damit ein weiteres Mal, dass sein früheres Interesse an dem Plan für Friedrichshain dem politischen Gerangel mit der SPD zuzuschreiben war.

Das "Neue Deutschland" berichtete über die Feier, schilderte den heruntergekommenen Zustand des Friedhofs und stellte die Frage, ob die Kämpfer der 1848er Revolution in Vergessenheit geraten seien, bevor sie erklärte, dass das, wie ihre Feier beweise, bei der SED nicht der Fall sei. Die SED wurde als die wahre Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Nation dargestellt, als die Erbin der Revolution von

1848.<sup>5</sup> Es war laut Stangl, der die Zeitung zitiert, ein Versuch, den Friedhof und das damit verknüpfte Erbe zu vereinnahmen. Der Westberliner "Tagesspiegel" berichtete nicht über das Ereignis.

Stangl schreibt schließlich, dass der SPD-kontrollierte Stadtrat [hier meint er wieder die Stadtverordnetenversammlung] sein Recht wahrnahm, die Trauerfeier zu leiten, und Dr. Otto Suhr, der Vorsitzende des Stadtrats, diese Aufgabe übernahm. Wie üblich für westliche Politiker dieser Zeit betonte er die Bedeutung der Freiheit, indem er erklärte, dass Berlin "für seine grundlegenden Rechte kämpfen" müsse. Er gab deutlich zu verstehen, dass im Ostsektor Grundrechte nicht respektiert würden, die SED somit Erbin der reaktionären Monarchie und nicht der Revolutionäre sei. Weder der sowjetische Stadtkommandant noch führende ostdeutsche Politiker waren anwesend.

Stangl fotografierte im Herbst 1999 den Friedhof der Märzgefallenen und titelte bei der Veröffentlichung des Bildes: In Vorbereitung auf den hundertsten Jahrestag der Revolution von 1848 wurde der Friedhof saniert und in seiner Mitte ein bescheidenes Denkmal aufgestellt. Auch dabei fiel Stangl nicht auf, dass auf dem Gedenkstein der Toten von 1848 und 1918 gedacht wurde. Oder wollte er das nicht sehen?

Nicht zu übersehen ist jedoch, dass die von Hans Kies geschaffene, 1961 eingeweihte Bronzefigur des Roten Matrosen beherrschend wirkt und den vom Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr am 18. März 1948 enthüllten Gedenkstein überragt.

## Anmerkungen

1 Vgl. Wir wollen uns als eine Partei gegen den Zeitgeist verstehen. Rede von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei Die Linke auf dem Parteitag in Cottbus, 24. Mai 2008, S. 15 f.

2 Heinz Warnecke, 1848/1918. Opfer der Novemberrevolution 1918 auf dem Friedhof der 1848er Märzgefallenen. Herausgeber. Geschichtskommission der PDS Friedrichshain-Kreuzberg, November 2003; Werner Ruch, Friedrichshainer Botschaft, 17. März 1946, vom Friedhof der gefallenen Helden der Märzrevolution und der Novemberrevolution. (Friedrichshainer Hefte). Herausgeber: Geschichtskommission DIE LINKE PDS Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin 2006.

3 Vgl. Lottomittel für den Friedhof. Gedenkstätte der Märzgefallenen kann neu gestaltet werden, in: Berliner Woche, 9. Jg., Nr. 32 vom 6. August 2008, S. 1.

4 Paul Stangl, Revolutionaries' cemeteries in Berlin: memory, history, Place and space, in: Journal of Urban History, Volume 34, Issue 03, Thousand Oaks, December 2007, pp 407 - 426.

5 Vgl. Neues Deutschland vom 19. März 1947.

## Vorankündigung

Der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE und die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP veranstalten in Berlin am

**13. Juni 2009**

ein **Kolloquium** zum Thema

**Die DDR - ihr Platz in der Geschichte**

Das Kolloquium tagt von **10.30** bis 17.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Mitte, *Club Spittelkolonnaden*, Leipziger Str. 47 (Eingang Jerusalemer Str.), (U-Bhf. Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U2)

(Die vollständige Einladung wird in der nächsten Ausgabe der *Geschichtskorrespondenz* veröffentlicht.)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

**Veranstaltungen des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE im Jahre 2009**

Donnerstag, 15. Januar	Probleme und Perspektiven Lateinamerikas Einführung: Prof. Dr. Wilhelma Chrenko
Donnerstag, 19. Februar	Die deutsche Sozialdemokratie 1914 – 1945. Probleme und Lehren Einführung: Prof. Dr. Heinz Niemann
Sonnabend, 14. März	34. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner: 60 Jahre NATO und BRD. Ergebnisse und Konsequenzen (Tagungsstätte: Ladengalerie <i>junge Welt</i> , Berlin-Mitte, Torstr. 6 [Ecke Weydingerstr.] – Beginn: 10.30 Uhr)
Donnerstag, 26. März	Zur Entstehung der Weimarer Republik 1919. Fakten und Lehren Einführung: Dr. Siegfried Ittershagen
Donnerstag, 16. April	Die Kommunistische Internationale zwischen Euphorie, Leistungen und Fehlorientierungen Einführung: Prof. Dr. Harald Neubert
Donnerstag, 14. Mai	Moskauer Beratung 1969. War es die letzte? Einführung: Bruno Mahlow
Sonnabend, 13. Juni	30. gemeinsames Kolloquium des Arbeitskreises und der Ge- schichtskommission der DKP: Die DDR – ihr Platz in der Ge- schichte (Tagungsstätte: Club Spittelkolonnaden, Berlin-Mitte, Leipziger Str. 47, Eingang Jerusalemer Str. – Beginn: 10.30 Uhr)
Donnerstag, 2. Juli	Die II. Internationale. Leistung und Grenzen Einführung: Dr. Eckhard Müller
Sonnabend, 12. September	31. gemeinsames Kolloquium des Arbeitskreises und der Ge- schichtskommission der DKP: 1939: War der Krieg unvermeidlich? (Tagungsstätte: Club Spittelkolonnaden, Berlin-Mitte, Leipziger Str. 47, Eingang Jerusalemer Str. – Beginn: 10.30 Uhr)
Donnerstag, 15. Oktober	DIE LINKE nach der Bundestagswahl Einführung: Dr. Hans Modrow

- Sonnabend, 31. Oktober 35. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:  
1989: Ereignisse. Hintergründe. Folgen  
(Tagungsstätte: Club Spittelkolonnaden, Berlin-Mitte, Leipziger Str. 47,  
Eingang Jerusalemer Str. - Beginn: 10.30 Uhr)
- Donnerstag, 19. November Godesberg und die Entwicklung der Programmatik der SPD  
Einführung: Prof. Dr. Heinz Niemann
- Donnerstag, 10. Dezember Der "Schwarze Freitag" 1929 und die deutschen Monopole  
Einführung: Eberhard Czichon

Die Donnerstag-Veranstaltungen beginnen jeweils um 16.00 Uhr. Sie finden im "Kieztreff" Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24 (am Pistoriusplatz, Bus-Haltestelle Woelckpromenade) statt.

# Einladung

In Berlin findet am

**Sonnabend, dem 14. März 2009**

eine **Konferenz** zum Thema

## **60 Jahre NATO und BRD**

Ergebnisse und Konsequenzen

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 17.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Mitte, Ladengalerie *junge Welt*,

Torstr. 6 (Ecke Weydingerstr.)

(S-Bhf. Alexanderplatz; U-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz - U 2;

Straßenbahnen: M 2 und M 8, Haltestellen Mollstr./Prenzlauer Allee)

### **Vorträge:**

*Prof. Dr. Georg Grasnick* (Berlin)

60 Jahre NATO und kein Ende?

*Gerd Deumlich* (Essen)

Die Gründung der BRD – ein Sieg der Demokratie?

*Günter Judick* (Velbert)

Die KPD von der Herner Konferenz (April 1948) bis zur Bundestagswahl im August 1949

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,  
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574